

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

EN AVANT! Hebdomadaire en langue allemande

Redaktion und Verlag: 5, Rue Mayran, Paris-9. Téléphone: Trudaine 46-52

Aus dem Inhalt:

Hochverrat gegen Hitler?

Die Zukunft Ungarns

Deutscher Judenalltag

Prix: Fr. 1,50

Im Banne der Kriegsfurcht

Die Nerven des deutschen Volkes sind überanstrengt

Ein Beobachter aus Nordwestdeutschland teilt uns mit:

„Man rechnet in Deutschland allgemein mit solcher Bestimmtheit mit einem Kriege, dass man sich wundert, wenn man von Bemühungen hört, den europäischen Frieden zu erhalten. Bei allen politischen Perspektiven, — gleichgültig, aus welchem Lager sie stammen, — ist der Krieg als bestimmende Grösse eingesetzt. Wer sich Gedanken über die politische Entwicklung macht, der rechnet bestimmt damit, dass Deutschland seine weitreichenden Pläne nicht ohne den Krieg wird erreichen können. Das ist der Fall bei Nationalsozialisten wie bei Sozialisten. Man sagt: Mag Deutschland alle seine mitteleuropäischen Pläne ohne Krieg verwirklichen können, mag es nach Oesterreich auch Danzig, das Memelland, den Korridor selbst — oder gewisse Teile der Tschechoslowakei, sowie minderwertige Kolonien ohne Krieg bekommen können, — damit sind die weltpolitischen Ziele des deutschen Imperialismus nicht erreicht.

Der Unpolitische steht dem Krieg fatalistisch gegenüber. Eingeschüchert durch die unheimliche Energie der nationalsozialistischen Kriegsorganisationen, ist er sich seiner ganzen Ohnmacht bewusst und schwankt nur zwischen Furcht vor dem Kriege und Hoffnung darauf, dass es nicht zum Kriege kommt. Aber diese Hoffnung ist sehr gering, denn jeder einzelne ist von der Kriegsvorbereitung erfasst.

Nationalsozialistische Kreise sind, so sehr sie auch die Hitlersche Politik billigen und in einen nationalistischen Rausch zu versetzen sind, doch nicht durchweg kriegslüsternd. Sie bejahen wohl den Krieg als Mittel der Hitlerschen Politik, „wenn es nicht anders geht“; aber Kriegslüsterheit trifft man doch sehr wenig.

In Arbeiterkreisen glaubt man, dass es nicht mehr lange dauern kann, bis eine Entzündung des durch den Nationalsozialismus angehäuften Sprengstoffes erfolgt. In der Rüstungsindustrie ist kein Nachlassen des Tempos zu bemerken. „Arbeitsfreie Tage“ hat es schon seit längerem nicht mehr gegeben. Stärker als je macht sich die Reservierung der Rohstoffe für die Rüstungsbetriebe bemerkbar. Privatleute müssen auf Reparaturen an Kraftwagen usw. oft einige Wochen warten, und die Stadt ruft bei der Vergebung von Aufträgen und Reparaturen, bei denen irgend welches Metall verwendet wird, der Reihe nach die Handwerker an, ob sie das erforderliche Material vorrätig haben, und vergibt — oft ohne Rücksicht auf den

Preis — die Aufträge an den, der Material ersparen konnte. Man hat den Eindruck, als ob das Land immer mehr zu einem grossen Heerlager organisiert wird.

Die Stimmung wird systematischer und energischer als bisher bearbeitet. Die Kolonialpropaganda wird verstärkt und die Luftschutzarbeit wird ernster als bisher betrieben. Die „Wehrmachtspsychologen“ haben neben den eigentlichen fachlichen Aufgaben als wichtigstes Arbeitsgebiet das Studium der gefühlsmässigen Wechselbeziehungen zwischen Heer und Volk und die Durchführung aller Massnahmen, die eine militärische Höchstleistung von beiden garantieren oder ermöglichen. Man hat das Gefühl, dass es Deutschland ernster als je mit dem Kriege ist.

Doch ist die ungeheure Aktivität, mit der die deutsche Rüstung durchgeführt wird, nur einer der Faktoren, welche die allgemeine Stimmung erzeugen. Der andere nicht minder wichtige ist die Reaktion der europäischen Mächte auf diese deutsche Aktivität. Man sieht darin ein schrittweises Zurückweichen vor dem starken politischen Gewicht, das Deutschland heute in Europa wieder besitzt. Mit grosser Bitterkeit denkt man daran, gerade in den früher pazifistischen Kreisen der Arbeiterschaft, welche Erfolge Hitler, gestützt auf die Waffen, denselben Mächten abtrotzt, die der wirklich friedliebenden Republik gegenüber nur sehr schwer zu geringen Konzessionen zu bewegen waren.

Wer Augen und Ohren offen hat, glaubt nicht daran, dass Deutschland einen Krieg nach mehreren Fronten gewinnen könnte, obwohl die deutsche Aufrüstung weiter fortgeschritten ist, als man draussen wohl glaubt. — Die Stimmung ist in groben Zügen wohl so zu charakterisieren: Man glaubt, dass es Krieg gibt; jeder Tag bestätigt diese Ansicht; oft glaubt man, dass es bestimmt nicht mehr lange dauern kann. Diese starke Spannung bleibt. Die Erfolge der faschistischen Mächte gegenüber den demokratischen verursachen von Zeit zu Zeit Depressionen und Nervosität. Die Nerven des Volkes sind überanstrengt. In immer weiteren Kreisen hat die Kriegsaussicht die Gleichgültigkeit gebannt; jeder muss für sich Stellung nehmen.

Der Krieg steht so sehr im Vordergrund des Denkens, das selbst die immer schwieriger werdende Ernährungslage, Teuerung, der Druck im Betriebe usw. nicht so stark wie in normalen Zeiten empfunden werden. Man hat den Eindruck; man rechnet so sehr mit dem Kriege, dass selbst al-

les andere als zweitrangig an Bedeutung empfunden wird und mehr als ein Uebergang angesehen wird. Damit ist nicht gesagt, dass Not und Unfrei-

heit unwesentlich sind; sie werden stark empfunden. Aber stärker ist die Kriegsaussicht, die alles in ihren Bann schlägt.“

Zwischenakt

Das englisch-italienische Abkommen

Eine Würdigung der umfassenden Uebereinkunft, die die konservative Regierung Englands mit Mussolinis Italien abgeschlossen hat, muss mit der Konstatierung beginnen, dass dieser Vertrag, der unter bestimmten Umständen — das heisst, wenn er wirklich eingehalten wird —, grosse weltpolitische Bedeutung gewinnen kann, ohne und ausserhalb des Völkerbundes abgeschlossen ist. Damit hat auch auf dem Gebiet der Aussenpolitik die Gegenrevolution eine neue und wichtige Etappe zurückgelegt. Hatte der Zusammenbruch der ganz- und halbabsolutistischen Monarchien im letzten Kriege dem ausserpolitischen Prinzip der Demokratie, an Stelle der ultima ratio des Krieges eine internationale Rechtsordnung zu setzen, den Weg geöffnet, so hat der

Sieg der Diktaturen diese Rechtsordnung vernichtet und der Gewaltpolitik die Bahn freigegeben. Durch den Abschluss dieses Vertrages, der die Erfolge der Gewaltpolitik als „vollzogene Tatsachen“, als faits accomplis, anerkennt, stellt sich England, bisher Vorkämpfer des Völkerbundes, auf den Boden der neuen Tatsachen. Die kollektive Sicherheit ist preisgegeben und in bilateralen Verträgen versuchen die Grossmächte wieder wie vor dem Kriege ihre widerstreitenden Machtinteressen zu regeln. Ueber Inhalt und Dauer entscheidet letztlich die militärische Stärke und die Kleinen werden wieder zum Spielball und zu Werkzeugen der Grossen.

Das Abkommen selbst stellt den Versuch dar, die Gegensätze, die der



„Er hat die Zurückziehung versprochen!“

Ein alter Prozess

Der « Hochverrat » Otto von Habsburgs

Expansionsdrang des italienischen Faschismus für England geschaffen hat, auf Grund der Anerkennung des status quo, also der Anerkennung der italienischen Herrschaft über Abessinien, beizulegen. Die Freiheit des Mittelmeers, das für Italien nach Mussolini der Lebensraum ist und für England die lebenswichtige Strasse nach Indien, soll gewährleistet werden. Deshalb sichert England aufs neue die Aufrechterhaltung der Bestimmungen zu, die die Freiheit der Durchfahrt durch den Suezkanal in Krieg und Frieden gewährleisten. Konflikte im Nahen Osten, also im Gebiet des Roten Meeres, sollen ausgeschaltet werden. Beide Parteien verpflichten sich zur Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Unantastbarkeit von Saudi-Arabien und des Yemen; der Einflussnahme dritter Mächte auf diese Gebiete soll gemeinsam entgegengewirkt, von einer Befestigung von Inseln im Roten Meer Abstand genommen werden. Zugleich erkennt Italien das erst 1935 errichtete Protektorat Englands über Hadramaut, das Hinterland Adens an, das sich vom Golf um Aden bis zum Persischen Golf erstreckt. Das wichtige Verbindungsstück zwischen Mittelmeer und Indischem Ozean soll so durch eine Art condominium, eine gemeinsame Herrschaft Englands und Italiens, neutralisiert werden. Die Mächte werden gegenseitig Informationen über den Stand ihrer militärischen Kräfte in ihren überseeischen Besitzungen austauschen; Italien tritt dem Londoner Flottenabkommen über die qualitative Begrenzung der Seerüstungen bei; in Abessinien und im englischen Südost-Arabien dürfen die Eingeborenen nur zu Zwecken der örtlichen Verteidigung herangezogen werden. Beide Teile werden sich jeder feindseligen Propaganda enthalten. Die Grenzen Abessinien werden eine definitive Regelung erfahren und Italien verpflichtet sich aufs neue, die Gewässer des Tana-Sees England und Ägypten für die Irrigation des Sudan und Ägyptens zur Verfügung zu halten. Schliesslich teilt Italien mit, dass es seine Truppenstärke in Lybien wieder auf den Friedensstand herabsetzen werde. Ägypten, der Bundesgenosse Englands, mit dem noch Sonderverhandlungen bevorstehen, wird in das Abkommen gleichfalls einbezogen.

Und Spanien? Die italienische Regierung erklärt, dass sie „keine politischen oder gebietsmässigen Ziele und keine bevorrechtigte wirtschaftliche Stellung in Spanien, den Balearen oder den überseeischen spanischen Besitzungen erstrebt und keine wie immer geartete Absicht hat, bewaffnete Kräfte in einem der genannten Gebiete zu unterhalten.“ Sie hält an dem englischen Vorschlag über die Zurückziehung der „Freiwilligen“ im Nichtinterventions-Ausschuss fest. Jedenfalls werden im Augenblick der Beendigung des Bürgerkrieges alle zurückgebliebenen italienischen Freiwilligen und alles italienische Kriegsmaterial zurückgezogen werden.

Man sieht, der Vertrag geht sehr ins Einzelne und trifft genaue Bestimmungen über die Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären. Er ist ein Freundschaftsvertrag nach Art jener Abkommen, die 1904 zwischen England und Frankreich, 1907 zwischen England und Russland abgeschlossen wurden und dann zum Abschluss der Tripel-Entente geführt haben. Die Bedeutung des Abkommens wird noch dadurch gesteigert, dass sich an seinen Abschluss mit unerwar-

Das Landgericht in Wien hat einen Haftbefehl gegen Otto von Habsburg erlassen und eine Prämie auf seine Ergreifung ausgeschrieben. Dieser Haftbefehl ist Propaganda. Auf Befehl begleitet ihn die gesamte gleichgeschaltete Presse mit heftigen Angriffen gegen die Habsburger. Der „Stürmer“ findet, dass das Haus Habsburg seit dem Jahre 1149 verjudet sei, und der Berliner „Lokalanzeiger“ sagt Otto nach, bei seiner Erziehung sei es nicht überraschend, dass er niemals verstanden habe, sich als deutscher Bürger zu fühlen. Seine Verwandten müssten nach deutschem Gesetz bis ins siebente Glied für seinen Hochverrat verantwortlich gemacht werden.

Der Hass ist unverkennbar, aber woher stammt er? Wir erleben heute eine seltsame Wiederauferstehung von Dingen, die man zwischen 1918 und 1933 für erledigt und begraben gehalten hat. Man könnte sagen, dass wir in den Weltkrieg von 1914 und 1918 zurückgekehrt sind und seiner Revision beiwohnen. Es wird eine neue Variante des verflochtenen Weltkrieges durchgespielt. Auf deutscher Seite handeln die Wortführer schärfsten imperialistischen und alldeutschen Richtung aus dem Weltkrieg. Sie werden nicht nur von den gleichen Absichten getrieben wie ihre Freunde und Vorgänger im Weltkrieg, sondern auch vom gleichen Hass und den gleichen Abneigungen. Der Haftbefehl gegen Otto von Habsburg ist eine ostthume Rache an Kaiser Karl. Die Beschuldigung des Hochverrats gegen Otto soll nicht nur ihn treffen. Sie geht aus von der Annahme: auch sein Vater Karl war ein Hochverräter — ein Hochverräter nämlich an den alldeutschen Ideen und Zielen, an den Eroberungsabsichten des kaiserlichen Deutschland im Weltkrieg.

Otto wird vorgeworfen, dass er französischen Journalisten eine Erklärung abgegeben habe, in der er Frankreich aufforderte, dem „von Hitler unterdrückten österreichischen Volke zu Hilfe zu kommen“. Der historische Vorwurf, den die Alldeutschen gegen seinen

Vater Karl erheben, ist der, dass er mit im Weltkrieg die Lösung Oesterreichs aus dem Zweibund gesucht, dass er das Recht Frankreichs auf die Rückeroberung Elsass-Lothringens schon im Jahre 1917 anerkannt habe. Da die Alldeutschen von heute das Ergebnis des Weltkrieges revidieren wollen, haben sie auch den Prozess gegen den verstorbenen Karl wieder aufgenommen. In der Tat musste die Konzeption Karls, die sein Reich retten sollte, sei es auch um den Preis einer Demütigung Preussens-Deutschlands, den ingrimmigen Hass der Alldeutschen hervorrufen. Wenn das Habsburger Reich seine Selbständigkeit gewahrt, wenn es sich aus der Abhängigkeit von Preussen-Deutschland durch einen Friedensschluss im Jahre 1917 herausgelöst hätte, so wäre dem Plan des Alldeutschen Vorstosses auf der Linie Berlin-Bagdad ein für allemal ein schwerer Riegel vorgeschoben gewesen. Die Beschuldigung des Hochverrats am Alldeutschtum gegen Karl ist genau so richtig, wie dieselbe Beschuldigung gegen Otto und gegen Schuschnigg, und der ingrimmige Hass gegen die Lebenden hat sein Beispiel an dem ingrimmigen Hass, den die Partei der Generale und der Alldeutschen im Weltkrieg gegen Karl gezeigt hat. Auch die Operation Hitlers gegen Deutsch-Oesterreich hat ihren Präzedenzfall: Am kritischsten Punkte der deutschen und österreichischen Beziehungen während des Weltkrieges hat der deutsche Generalstab das Projekt gewälzt, mit deutschen Truppen in Böhmen einzurücken und das ganze nordböhmische Gebiet bis Aussig zu besetzen, und die Familie Karls fürchtete, dass Karl von den Deutschen ermordet werden könnte, wenn er offen Schritte zum Sonderfrieden unternähme.

Wenn Preussen-Deutschland im Weltkrieg gesiegt hätte, so wäre das nächste Ziel der Alldeutschen und der Generale der Durchbruch durch und über Oesterreich zum Balkan und über den Balkan in der Richtung nach Bagdad gewesen. Die Auflösung des Habsburgerreiches hat bei der heute vor-

sich gehenden Revision des Ausgangs des Weltkrieges die Arbeit der Alldeutschen erleichtert. Schon 1918, nach der Niederwerfung Rumäniens und angesichts der immer grösser werdenden militärischen Schwäche Oesterreichs, hatten sie sich diesen Zielen nahe gesehen. Noch im Frühjahr 1917 hatte der österreichische Ministerpräsident Czernin fast ganz Rumänien für Oesterreich annehmen wollen, stimuliert von dem Petroleumgeruch des Milliardenobjekts Rumänien. Im Frieden von Bukarest aber hatten die Alldeutschen die Hand auf Rumänien gelegt, das sie vollständig zu ihren Gunsten exproprierten. Sie hatten sich damit die wertvollste Etappe für den Vorstoss auf der Linie Berlin-Bagdad gesichert. Die Niederlage im Weltkrieg hat alle ihre Pläne zerschlagen, die Bildung der kleinen Entente hat ihnen einen Querriegel vorgeschoben.

Heute aber sind sie drauf und drauf wieder von vorne anzufangen — unter günstigeren Bedingungen als 1917 und 1918. Oesterreich ist in ihrer Hand. Die kleine Entente ist innerlich völlig zerfallen. Sie verbinden heute die alldeutschen Tendenzen mit dem Länderhunger des alten Oesterreich und seinen Expansionsstrebungen nach dem Südosten. Sie haben jetzt schon durch einen ideellen Handstreich ihrer Stipendisten in Rumänien die Position Rumäniens in ihre Hand bringen wollen, die heute im Zeichen des Luftkrieges noch ungleich wichtiger ist als 1918. Für diesmal noch ist der Handstreich missglückt — so wie der Dollfussputsch im Jahre 1934 missglückt ist. Aber das ist sicherlich nicht der letzte Angriff auf Rumänien gewesen.

Der Haftbefehl gegen Otto ist enthüllend. Ottos Hochverrat besteht darin, dass er sich gegen die Revision des Weltkriegsausganges im Sinne der Alldeutschen gestellt hat. Das Hitlersche Grossdeutschland, das er verraten haben soll, steht heute an der Stelle der Mittelmächte, und es begreift alle expansionistischen Tendenzen in sich, die während des Weltkrieges von den Alldeutschen vertreten worden sind.

eter Schnelligkeit analoge französische Verhandlungen angeknüpft haben. Sie haben die Bereinigung der Grenzen zwischen den italienischen und französischen Kolonialgebieten in Afrika und die Sicherung der französischen Seeverbindungen im westlichen Mittelmeer zum Gegenstand. Man rechnet mit einer günstigen Beendigung auch dieser Verhandlungen in kurzer Zeit.

Der englische Vertrag und jedenfalls auch der französische werden erst in Kraft treten, wenn die Eroberung Abessinien de jure anerkannt und wenn Spanien von den Italienern geräumt ist. England, unterstützt von Frankreich, wird in der am 9. Mai beginnenden Völkerbundtagung alles daran setzen, um sich die Freiheit für die Anerkennung zu verschaffen. Und gegen England und Frankreich ist eine Politik des Völkerbundes nicht möglich.

Ist Abessinien das eine, schon verlorene, so Spanien, das republikanische, um seine Freiheit und Selbstbestimmung kämpfende Spanien, das andere, noch zuckende Opfer. Denn es unterliegt keinem Zweifel, dass die konservative Regierung Englands (und in ihrem Gefolge die ihre Isolierung fürchtende Regierung Frankreichs) Mussolini bis zum Ende des Bürgerkrieges die Freiheit der Intervention einräumt, die ungehinderte Unterstützung Francos. Der Abschluss dieses Vertrages bedeutet wie das Ende des Völkerbundes, so den schmachlichen Zusammenbruch der Nichtinterventionspolitik, wie den Sieg der

Gegenrevolution im allgemeinen, so ihren lokalen Sieg in Spanien.

Mit der Annexion Oesterreichs im Osten, mit einem etwaigen Siege Francos in Spanien ist eine grundstürzende Aenderung der strategischen Lage und der Machtverhältnisse zu Ungunsten der Westmächte eingetreten. Bevor England zu den Waffen greift, versucht es noch einmal, durch die diplomatische Aktion die Lage zu ändern, die seine Unentschlossenheit und sein Zaudern selbst erst herbeigeführt haben. Die deutsche Suprematie ist zu einer Gefahr für alle europäischen Staaten geworden, nicht allein mehr für die Westmächte. Von den österreichischen Grenzen aus, von wo die deutsche Luftflotte nicht nur den Weg nach dem Osten, sondern auch den Weg nach Süden offen hat, bedroht die deutsche Uebermacht nicht nur die politische und wirtschaftliche Existenz der mittel- und südosteuropäischen Länder, Deutschland wird auch ein allzu starker und deshalb gefährlicher Freund für Italien. Mit ihrem italienischen Abkommen versucht die englische Regierung, ob Mussolini, gesichert durch englische und französische Rückendeckung, nicht aus Furcht vor dem allzu grossem Erstarken des „Freundes“ in eine Politik der Sicherung einbezogen werden kann, die die deutsche Gefahr begrenzt. Zeigt nicht die schnelle Aufnahme der Verhandlungen mit dem, bis vor kurzem so geschmähtem Frankreich, zeigt nicht der Eifer, mit dem sich Italien um Jugoslawien bemüht, dass Mussolini für eine solche Politik reif geworden?

Aber in einer solchen Konstellation muss Mussolini verzichten auf die „Dynamik“, den Traum des mare nostrum, auf die Neuverteilung der Welt. Die Abkommen, die er jetzt schliesst, sind kein Beweis für die englische Hoffnung. Denn noch behält Mussolini die Option, die Möglichkeit der Wahl, und seine Stellung gegenüber dem grossen „Freund“ wird nur gestärkt. Erst nach dem endgültigen Abschluss der spanischen Tragödie wird der entscheidende Akt in dem weltgeschichtlichen Drama beginnen.

Dr. Richard Kern.

Die Kriegsreserven

Die Einfuhr von Rohstoffen für Rüstungszwecke und zur Vorratshäufung für den Kriegsfall wird vom Dritten Reich immer weiter gesteigert. In den ersten Monaten des laufenden Jahres sind in den wichtigsten Rohstoffen bedeutend grössere Mengen eingeführt worden als in der gleichen Zeit der beiden vorausgegangenen Jahre. So betrug die Einfuhr von:

	Januar und Februar 1935	1937	1938
Blei	47 100 t	35 900 t	114 700 t
Guano	131 700 t	136 900 t	101 300 t
Schmelzblei	61 300 t	61 700 t	11 500 t
Phosphor	1 681 000 t	2 732 000 t	3 414 000 t
Schrott	35 700 t	67 100 t	173 700 t
Kupfererz	59 200 t	51 100 t	115 870 t
Kupfer	54 510 t	34 200 t	33 700 t
Wolfram	12 222 t	11 850 t	36 740 t
Zink	19 800 t	16 040 t	20 000 t
Eisen	1 870 t	1 370 t	2 000 t
Benzin	88 900 t	112 900 t	124 000 t

In allen für die Kriegsvorbereitung entscheidenden Metallen und Erzen ist also gegenüber den beiden letzten Vorjahren eine beträchtliche Zunahme zu verzeichnen. Damit wird bestätigt, dass Deutschland die Kriegsvorbereitungen in unvermindertem Tempo fortgesetzt.

Ausbürgerung. Das Dritte Reich setzt seine Ausbürgerungsoraxis fort. Die letzte Liste vom 20. April enthält dreissig Namen.

Nazis in Dänemark

Was sie bedeuten

Man schreibt uns aus Dänemark: Am Mittwoch, den 13. April, wurden — wie wir bereits mitgeteilt haben — auf den dänischen Justizminister im Reichstag aus einer Schreckschusspistole zwei Schüsse abgegeben. Zur gleichen Zeit wurden von einem anderen Teil der Zuhörertribüne Flugzettel, die grobe Beschimpfungen der dänischen Regierung enthielten, in den Sitzungssaal geworfen. Der Täter, der die Schreckschüsse abgab, wurde von einem Reichstagsbedienten angehalten und der Polizei übergeben. Dabei stellte sich heraus, dass es sich um ein Mitglied der dänischen Nazi-Partei, Richtung Dr. Fritz Clausen, Sonderjylland, handelte. Der Mann, namens Westergaard, war noch vor zwei Jahren aktives Mitglied der Kommunistischen Partei Dänemarks. Die weiteren Untersuchungen ergaben, dass die herabgeworfenen Handzettel durch den Sekretär des Naziführers Clausen bestellt, und nach Kopenhagen gebracht waren. Westergaard erklärte einem Vertreter der Sozialdemokratischen Presse gegenüber, dass es ihm leid tue, dass er nur mit losem Pulver geschossen hätte, das würde aber beim nächsten Male anders werden. Im Verlauf der Untersuchung wurden bisher 4 Personen, darunter der Sekretär des Parteiführers Clausen, verhaftet.

Im Zusammenhang mit diesen Vorgängen taucht selbstverständlich die Frage auf: „Was bedeuten die Nazis in Dänemark?“ Darauf kann man nur antworten, dass sie in Dänemark keinerlei politische Rolle spielen. Zur Zeit gibt es bestimmt drei verschiedene Richtungen, davon in Sonderjylland zwei. Die eine obengenannte dänische Nazi-Partei unter Führung von Dr. Clausen, deren Programm mit dem der deutschen Nazis übereinstimmt. Weiter in Sonderjylland die Deutsche Nazi-Partei unter Führung des Tierarztes Möller, deren Anhänger aus Mitgliedern der deutschen Minderheit besteht und die sich als einen Teil der deutschen Nazi-Partei ansehen. Auf einem Kartreitag in Hadersleben abgehaltenen Kongress wurde beschlossen, an Hitler folgenden Gruss zu senden: „1600 Parteigenossen der NSDAP, in Nordschleswig, grüssen den Führer mit dem Motto des Parteitages „Ein Volk, ein Reich, ein Führer.“ Nach altem Nazi-Rezept wurde die Anzahl der Teilnehmer, die mit 800 festgesetzt worden ist, um 100 Prozent erhöht.

Selbstverständlich haben die Nazis die Entwicklung in Oesterreich benutzt, um auch in Sonderjylland, wie man so sagt, Leben in die Bude zu bringen, obgleich sie sich in Sonderjylland nur um eine wirkliche deutsche Minderheit handelt. Bei der Reichstagswahl 1935 wurden in dem Tiefengürtel, 19 013 dänische Stimmen und 6 204 deutsche Stimmen, also 25 Prozent, in ganz Sonderjylland dagegen nur 15,5 Prozent Stimmen für die sogenannte Schleswische Partei abgegeben. Die Nazis erhielten bei der letzten Wahl kein Mandat. Zu diesen beiden kommt dann die Partei Wilfred Petersen, die allerdings vor einigen Wochen ihren „Führer“ von seinem Führersitz gestossen hat. Ausser diesen „Hauptrichtungen“ gibt es dann noch ein paar weitere kleine Splittergruppen, die aber in dem politischen Leben Dänemarks noch weniger bedeuten wie die drei anderen, also garnichts.

Kaukasus soll erlöst werden

Hinter den Zielen der wahren Alldeutschen treten immer weitere Ziele hervor: hinter Oesterreich Rumänien, hinter Rumänien die Ukraine, hinter der Ukraine der Kaukasus. Es sind nicht nur die Randgebiete, die „erlöst werden sollen“, jetzt ist sogar schon der Kaukasus an der Reihe! Wir lesen in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“:

„Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Bolschewismus hat die kaukasische Frage, bzw. der Wunsch der kaukasischen Völker, einen eigenen föderativen, unabhängigen Staat zu bilden, grosse Bedeutung gewonnen. Das Studium der Kaukasusfrage ist wegen der Zahl der dort lebenden Völkerschaften und ihrer verschiedenen Rasse und Religion trotz gleichbleibendem gemeinsamem Schicksal während der letzten Jahrhunderte ausserordentlich schwierig. Um so mehr ist es zu begrüssen, dass die neue Vierteljahrzeitschrift „Der Kaukasus“, sich mit allen diesen schwierigen Fragen auseinandersetzt, ohne deren Lösung eine Grundlage für ein freies, föderatives Staatsgebilde nicht gefunden werden kann.“

Die hinter der Zeitschrift stehende Gruppe greift die schwierigen Probleme im Bewusstsein hoher Verantwortung auf, wie sie jeder wünschen muss, der das Ziel dieser alten Kulturvölker nach völliger politischer Freiheit als berechtigt anerkennt. Die Zeitschrift wendet sich an alle diejenigen, die sich mit den darin behandelten Fragen beschäftigen und für den Kampf gegen den Bolschewismus eintreten. Sie er-

Ungarn und der Anschluss

An der Grenze von Hitlerdeutschland

Ungarn an der Grenze des Dritten Reiches. Mit der Eroberung Oesterreichs ist das halbfaschistische Ungarn ein Grenzland des Dritten Reiches geworden. Eine geistige Nachbarschaft bestand schon früher. Wir denken hierbei nicht an die gegenrevolutionäre Rechtsordnung Ungarns, auf die seine herrschenden Klassen sehr stolz sind. Diese schien den deutschen Nationalsozialisten und ihren Anhängern in Ungarn nicht genügend zeitgemäss, veraltet.

Das Dritte Reich trachtet nach der Vollfaschisierung des halbfaschistischen Landes. Dabei bedient es sich dreier Mittel. Ungarn hat eine ansehnliche deutsche Minderheit. In dem Lande von etwa neun Millionen Einwohnern gibt es eine halbe Million Deutsche. Diese Deutschen wurden von der Hakenkreuzpropaganda erfasst und aus ihren Reihen verlässliche Sturmtruppen gebildet. Aber dabei blieb die Propaganda des Dritten Reiches nicht stehen. Sie trachtete nach der Schaffung einer ungarischen Nazibewegung und unterstützte ungarische politische Abenteurer reichlich mit deutschem Gelde. Die Gier nach diesem Geld bewirkte wohl, dass mehrere, einander bekämpfende Nazigruppen entstanden, die unter einem Hut zu bringen bisher noch nicht gelungen ist.

Der erfolgreichste Weg zur Nazisierung Ungarns war aber der dritte. Es wurden nazistische Keimzellen innerhalb der ungarischen Regierungspartei gebildet. Diese Vollfaschisten stellen nicht die Mehrheit der nationalen Einheitspartei (Regierungspartei) dar, aber eine sehr rührige Minderheit. Die Regierungspresse, in der sie eine wirksame Propaganda für die Vollfaschisierung Ungarns betreiben, ist fast völlig in ihren Händen. Die Regierung Daranyi behandelt sie mit wohlwollender Neutralität. Während Sozialisten, aber auch bürgerliche Radikale wegen ihrer Propaganda für soziale und Agrarreformen von den Behörden hart verfolgt werden, behandelt man offene und getarnte Nazis, Rechtsradikale ausserhalb und innerhalb der Regierungspartei mit samtem Handschuh. Sie können sogar Putschversuche anzetteln, ohne dafür bestraft zu werden.

Worauf ist diese rätselhafte Nachsicht zurückzuführen? Die Erklärung ist einfach, die Regierung macht daraus kein Hehl. Ungarn ist das einzige Land in Südosteuropa, das keine gründliche Agrarreform durchgemacht hat. Ein Drittel des Grundbesitzes dieses Agrarlandes ist in den Händen von Grossgrundbesitzern. Ein Drittel der Bevölkerung besteht aus landlosen Proletariern und Zwerghauern. Sie werden die „drei Millionen Bettler“ genannt. Sie üben einen gewaltigen Lohndruck auf den industriellen Arbeitsmarkt des Landes, das die Arbeitslosenunterstützung nicht kennt. Ungarn ist nicht nur das einzige Land des Grossgrundbesitzes, sondern auch das Land der grössten sozialen Spannung in Südosteuropa. Die Regierung braucht die Rechtsextremisten zum Kampf gegen die Tendenzen, die aus dieser sozialen Lage hervorgehen. Dies gibt sie offen zu.

Ungarn war auf diese Weise von der behördlich geduldeten und sogar geförderten

Nazi-Propaganda bereits stark unterwühlt, als der Anschluss Oesterreichs an Deutschland mit Hitlers Gewaltmethoden durchgeführt wurde. Den Rechtsextremisten schwoll der Kamm. Mit Berufung auf Hitlers Willen forderten sie die Vollfaschisierung des Landes. Dazu muss man wissen, dass infolge des Anschlusses die Hälfte der ungarischen Ausfuhr jetzt nach Deutschland geht. Die Bürokratie gehört in Ungarn zu den stärksten Bastionen der nazistischen Bewegung. In der letzten Zeit, und besonders unter dem Druck des Anschlusses, macht sich auch im Offizierskorps eine starke rechtsextremistische Bewegung geltend. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Disziplin der Armee durch diese Propaganda untergraben wird.

Durch diese Erscheinungen wurde das Land von einer starken Unruhe ergriffen. Ministerpräsident Daranyi sprach zuerst hochmütig von einer unbegründeten Massenysterie. Als aber die Folgen dieser „Hysterie“ im wirtschaftlichen Leben Ungarns stark wahrnehmbar wurden, war man gezwungen, zur Beruhigung der Gemüter zu einem Mittel zu greifen, das in Ungarn völlig ungewohnt ist: Reichsverweser Horthy sprach im Rundfunk und legte ein Bekenntnis zur ungarischen Verfassung, zur „ungarischen Freiheit“ ab.

Ist dies als ein blosses Lippenbekenntnis zu werten? Durch Horthys Mund gaben die herrschenden Klassen Ungarns ihren Willen zur Aufrechterhaltung der ungarischen Scheindemokratie, zur Vermeidung der totalitären Pläne kund.

Sie haben für diese Stellungnahme manche triftigen Gründe. Ungarn führt einen zähen Kampf für die Besserung der Lage der ungarischen Minderheiten in den Nachbarstaaten der alten Habsburgermonarchie. Ein totalitäres System in Ungarn ist keine besonders günstige Plattform im Kampfe um die Minderheitsrechte. Hievon abgesehen, bedeutet die Aufrechterhaltung der ungarischen Verfassung kein Opfer für die herrschenden Klassen Ungarns. Diese Verfassung legt die Entscheidung in die Hände des Reichsverwesers und des Oberhauses, wo unter anderen die Vertreter der Magnaten und des hohen Klerus sitzen. Das Unterhaus, dessen Einfluss durch den Reichsverweser und das Oberhaus paralytisch wird, bildet auch keine Gefahr. Es wurde bisher zum grössten Teil durch offene Abstimmung gewählt, d. h. von der Regierung ernannt. Gegen das ernannte Parlament empörte sich die öffentliche Meinung in einem solchen Masse, dass die Regierung sich schliesslich entschloss, die geheime Abstimmung einzuführen. Als „Gegengewicht“ der geheimen Abstimmung wurde aber das aktive und passive Wahlrecht so stark eingeschränkt, dass nicht nur die sozialdemokratischen Redner im Parlament, wie Peyer und Buchtinger, sondern auch die Vertreter der bürgerlichen Opposition sich mit Ausdrücken der schärfsten Verurteilung dagegen wendeten. Selbst die Einschränkung des Wahlrechtes genügt der Regierung nicht. Es wurde eine Bestimmung in den Entwurf aufgenommen,

die den Wahlkommissär berechtigt, Kandidaten, deren Programm auf die Umwälzung der gesetzlichen gesellschaftlichen Ordnung abzielt, abzulehnen. Die Vorsicht der Regierung geht sogar so weit, dass sie sich die Möglichkeit vorbehält, trotz aller Kautelen noch einmal offen wählen zu lassen.

Hitler in Spanien

Die spanische Gesandtschaft in London hat mitgeteilt: Die spanische Regierung hat aus sicherer Quelle die Nachricht erhalten, dass der deutsche Generalstab beschlossen hat, die Kontrolle über alle Operationen an der Pyrenäengrenze selbst in der Hand zu behalten. Das Kommando an der spanischen Nordfront ist gegenwärtig in den Händen der deutschen Generale Wolff von der Luftwaffe und Wietersheim vom 14. Armeekorps.

Am 14. und 15. April haben 63 Offiziere München in Junkersapparaten verlassen. 52 von ihnen haben Befehl nach Sevilla zu gehen und eine Offensive von Malaga auf Almeria vorzubereiten. Diese Offensive wird befehligt werden von General Prager vom Reservekorps und Oberst Hiener vom 7. Armeekorps.

Der Terror gegen die Juden

In Wien wütet ein erbarmungsloser Terror gegen die Juden. Man entzieht ihnen jede Existenzmöglichkeit, aber man wehrt ihnen gleichzeitig auszuwandern. Jüdische Arbeiter und Angestellte werden aus den Arbeitsstellen herausgeworfen — ohne Beschäftigung, ohne Existenzmittel, ohne jede Unterstützung. Sie sind dem nackten Hunger preisgegeben. Den Be-

sitzenden geht es nicht besser. Sie werden mit allen raffinierten Mitteln ausgeplündert. Man raubt ihnen ihre Geschäfte und ihren Besitz, man zwingt sie dennoch zu öffentlichen Abgaben. Das Beutemachen ist an der Tagesordnung, viel zynischer noch als im Reich. Man schätzt, dass in Wien etwa 80 000 Juden ohne alle Existenzmittel dem Hunger preisgegeben sind.

In den Grenzgebieten gegen Ungarn, Jugoslawien und die Tschechoslowakei ist der antisemitische Terror noch brutaler. In einem 50 Kilometer breiten Grenzstreifen werden alle Juden verhaftet, sie werden gezwungen, unterschriftlich auf ihr Eigentum ohne Entschädigung zu verzichten, dann werden sie aus dem Gebiet vertrieben. Viele von ihnen hat man heimlich in die angrenzenden Länder abzuschleppen versucht.

In Danzig werden die Nürnberger Gesetze strikte durchgeführt. Die Ausraubung der Juden erfolgt nach denselben Methoden wie im Reich und in Oesterreich. Etwa vier-tausend Juden haben in den letzten Monaten völlig ruiniert Danzig verlassen.

Ein Verräter. Der frühere Staatssekretär des Aussenwesens in Oesterreich, Guido Schmidt, war heimlich schon vor der An- rektion Nazi. Für seinen Verrat an Schuschnigg ist er mit der Direktion der Hermann-Göring-Werke in Oesterreich be- lohnt worden, mit einem Jahresgehalt von 200 000 Schillingen.

Starhemberg. Fürst Starhemberg hat seinen Frieden mit Hitler gemacht, um sein österreichisches Vermögen nicht zu verlieren.

scheint in russischer, französischer und deutscher Sprache in Paris.“

Es ist nicht der mindeste Zweifel, dass es sich bei dieser Zeitschrift um ein Organ der Nazintern handelt, das den politischen Absichten der in Hitlerdeutschland regierenden Alldeutschen dient. Wer glauben wollte, dass Hitlerdeutschland nach der Annektion von Oesterreich saluiert sei, würde sich einer schweren Täuschung hingeben!

Tod auf deutschen Schiffen

Als am 4. April der deutsche Dampfer Pretoria aus Kapstadt auslaufen wollte, wurde der erste Funker des Schiffes in seiner Kabine tot aufgefunden. Er hatte ein Stück Oeltuch so fest um den Kopf gebunden, dass er erstickt war. Seine Hände waren am Bettgestell festgebunden.

Niemand von der Besatzung des Schiffes wollte sich über diesen geheimnisvollen Todesfall äussern. Ein Mann der Besatzung, den unser Gewährsmann befragte, meinte, er habe nicht Lust, ebenfalls mit der Gestapo Bekanntschaft zu machen. Von anderer Seite wurde erzählt, der Funker habe öfters „staatsfeindliche Funksprüche“ seinen Kollegen mitgeteilt.

Der Kapitän des KdF-Schiffes Wilhelm Gustloff ist auf der Brücke seines Schiffes vor der englischen Küste plötzlich gestorben, wie es heisst, an Herzschlag. Auf diesem Schiff haben die in England lebenden Deutschen am 10. April abstimmen müssen. Der Vorgang hatte in England grosse Empörung hervorgerufen. Bei der Abstim-

Berichte aus Deutschland

Erst der Korridor? Grenz demonstrationen gegen Polen

Aus Hindenburg wird uns geschrieben:

Zum letzten Appell anlässlich der Volksabstimmung, wurden am Sonnabend, den 9. April, alle Betriebe entlang der polnischen Grenze zur Massenkundgebung nach Beuthen und Hindenburg herangeholt, um unter Beweis zu stellen, dass mit der Angliederung Oesterreichs das nationalsozialistische Programm noch nicht erfüllt ist. Uniformierte SS und SA-Mannschaften holten die Grenzschutzabteilungen, die Werk-scharen, die Luftschutzformationen, die Amtsleiter, alles Uniformierte heran, um mit ihnen an der polnischen Grenze zu demonstrieren. Diese Kundgebung wurde durch den „Bund deutscher Osten“ veranlasst, der ja auch während der sogenannten „Wahl-schlachten“ bei Belegschafts-versammlungen seine Redner immer wieder verkündigen liess, dass zunächst mit der Tschechoslowakei „Ordnung geschaffen“ werde „und dann der Korridor daran kommen, schliesslich werde auch Oberschlesien befreit.“ Alle Gebiete, so heisst es in einem Flugblatt des „Bundes deutscher Osten“ zur Volksabstimmung, die Deutschland durch den Versailler Vertrag geraubt worden sind, müssen zu Deutschland zurück, dafür werde schon der Führer sorgen, wie er es auch den Oesterreichern versprochen habe.

In den Wahlkundgebungen, die vor der Volksabstimmung in den verschiedensten Betrieben abgehalten wurden, ist die Tschechoslowakei immer und immer wieder angegriffen worden, weil man in Prag nicht verstehe, was die Stunde geschlagen habe. Kein deutscher Volksgenosse im Ausland dürfe wegen seiner nationalsozialistischen Ueberzeugung unterdrückt werden. Aber nicht die Tschechen allein sollen das zur Kenntnis nehmen, Danzig, der Korridor und Ostoberschlesien, das seien deutsche Gebiete, auf die Adolf Hitler nie verzichten wird.

Bei einer Rede auf den Borsigwerken in Hindenburg erklärte Kreisleiter Jonas, dass sich die deutschen Volksgenossen jenseits der Grenze noch gedulden müssen, aber man habe sie nicht vergessen. Deutschland wolle keinen Krieg, aber es fürchte ihn auch nicht. Denn diese letzte Volksabstimmung müsse auch die Zustimmung zur Politik des Führers sein und das Ziel sei die Wiedervereinigung aller Deutschen, die heute unter fremder Unterdrückung ihre Ueberzeugung nicht zum Ausdruck bringen dürfen. In anderen Wahlkundgebungen wurde auf die Tätigkeit des Bundes deutscher Osten hingewiesen, der alles daran setze, um die Bevölkerung darüber aufzuklären, dass Deutschland in seinen früheren Grenzen wieder hergestellt werden müsse. Deutschland müsse seinen Lebensraum nach dem Osten erweitern, wenn der Bolschewismus nicht Europa überrennen solle.

Schon nach der Volksabstimmung setzt eine erneute Agitations- und Versammlungswelle des Bundes deutscher Osten ein. Immer wieder muss hervorgehoben werden, dass der „Bund deutscher Osten“ seine Tätigkeit nicht auf Reichsangehörige beschränkt, sondern seine Tätigkeit besonders auf die sogenannten Grenzgänger ausdehnt, die Deutschen aus Polen, die in Deutschland Arbeit gefunden haben. Auch zu den Demonstrationen an der Grenze wurden diese Arbeiter herangezogen und da sie nur die Wahl hatten, mitzumachen oder die Arbeitsstelle zu verlieren, so demonstrierten sie einfach gegen ihr eigenes Wohnland.

Diese antipolnische Demonstration wurde in den Betrieben viel diskutiert. Wenn man auch der Ueberzeugung ist, dass es sich zunächst nur um eine Demonstration handelt, so sieht man doch, dass das Thema Ostoberschlesien immer aktueller wird. Die Nazibonokratie macht kein Hehl daraus, dass trotz des sogenannten 99%igen Abstimmungsresultates die Arbeiterschaft gegen das System steht. Die Vernichtung fast sämtlicher Wahlplakate in der Nähe der Betriebe beweist, dass die Arbeiterschaft von dem grossen Wahlschwindel nichts wissen wollte. Aber eine Parole „Ostoberschlesien muss zurück zu Deutschland“ wird immer wirksam sein.

Man hat bisher nicht gehört, dass die polnischen Behörden protestiert hätten, wie sie es sofort gegen die Tschechoslowakei getan haben, als an der tschechisch-polnischen Grenze einige Schmuggler mit illegalen Schriften gefasst worden sind.

Ob man in Warschau nicht merkt, wer gemeint ist, wenn man von geraubten Gebieten spricht? Oder sollte gar zutreffen, worüber in Warschau ganz vertraulich ge-

Deutscher Judenalltag

Einzelbilder aus Deutschland

Es wäre möglich, in die folgenden Berichte Namen, Ortsangaben und Daten einzusetzen. Es sind keine erfundenen Berichte, sondern Tatsachenberichte.

Das Brot aus Steinnussmehl.

Im Süden Deutschlands besteht in einer Mittelstadt seit altersher eine stark beschäftigte Knopffabrik. Sie fabriziert nicht gewöhnliche Knöpfe, sondern solche aus Steinnuss, einem vegetabilischen Hartstoff, der aus fernen Zonen eingeführt wird. Man kennt die hübsch gedrechselten Knöpfe an bunten Lodenröcken, die eine Herkunft aus Horn vortäuschen. Die Inhaber der Fabrik waren Juden, die sich eines guten Ansehens erfreuten. Sie zahlten anständige Löhne und behandelten die Arbeiter besser als es ortsüblich war.

Bei der Herstellung dieser Steinnussknöpfe entsteht ein Abfallprodukt, das Steinnussmehl. Dieses wird an die Bäcker verkauft. Das harte Pflanzenmehl verhindert das Ankleben der Brote und des Kuchens an den Blechen beim Backprozess. Da fiel es vor einigen Monaten einem Bäcker ein, dieses Mehl direkt zum Backen zu verwenden. Auf Grund der Denunziation eines Gesellen kam der schuldige Bäcker in Untersuchungshaft. Die örtliche nationalsozialistische Presse schlug Alarm. „Der arische Bäcker sitzt — aber der Jude, der das Mehl verkaufte, ist noch in Freiheit! Unerhörter Justizskandal!“

Wenige Tage darauf erschien die Gestapo und nahm den Juden in Haft. Bei seiner ersten Vernehmung führte er den Nachweis, dass bereits seit Jahrzehnten das Steinnussmehl an sämtliche Bäcker des Ortes und weit darüber hinaus verkauft werde. Wenn es einer seiner Kunden in die Brote verbacke, so sei das doch nicht seine Schuld. Daraufhin liess man den Fabrikanten wieder frei. Neuer Alarm in den Zeitungen: der Skandal werde immer grösser! Der Fabrikant wurde zum zweiten Male verhaftet, aber diesmal wurde ihm ein Prozess wegen Ueberschreitung der Höchstpreise für Steinnussknöpfe angekündigt.

Daraufhin wies der Beschuldigte mit Hilfe eines vereidigten Sachverständigen aus seinen Büchern nach, dass er sich genau an die Preisvorschriften auf Grund der Uebertreibung des Rohstoffes gehalten habe. Es nützte ihm nichts. Nunmehr warf ihm die Anklage vor, gegen die Höchstpreisverordnungen zwar nicht beim Verkauf der Steinnussknöpfe, aber beim Steinnussmehl verstossen zu haben!

Das ist jetzt vier Monate her. Der jüdische Fabrikant sitzt immer noch. Ueberflüssig zu sagen, dass sein Unternehmen inzwischen arisiert und seine Familie ruiniert worden ist.

Der arische Katalog.

In einer Grosstadt Westdeutschlands bestand seit langen Jahren eine Druckerei,

die alle Jahre um die Weihnachtszeit einen Reklamekatalog herausbrachte. Die alten Kunden und Inserenten wussten bis zum Jahre 1933 garnicht, dass der Inhaber ein Jude war. Sie wurden von ihm immer gut bedient und die Anzeigen in seinem Katalog hatten gute Erfolge.

Zu Weihnachten 1937 geschah das Unglück. Auf Grund eines alten Vertrages wurde dem Druckereikatalog das Zirkular einer andern Firma beigelegt, auf dem Musterbriefbogen in kleinem Faksimile abgebildet waren. Da las man: „Steuerverwaltung Bonn“, „Eisenbahnwerkstätte Koblenz“, „Städtische Sparkasse Neuwied“ und dergleichen.

In der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr wurde der jüdische Druckereibesitzer, ein Mann von über sechzig Jahren, frühmorgens aus seiner Wohnung geholt und ins Gefängnis überführt. Der Grund zu der Verhaftung sei, dass er, der Jude, durch seinen Katalog vorgetäuscht habe, deutsche Behörden und arische Firmen seien bei ihm Kunden und bestellten bei ihm nach wie vor ihre Drucksachen. Kein Einspruch des Verhafteten half. Im Gegenteil! Aus seiner Zelle heraus wurde er genötigt, seinen Betrieb an einen arischen Konkurrenten, der schon lange sein Auge darauf geworfen hatte, zu einem Spottpreise zu verkaufen.

Aber die Unterschrift unter den Kaufvertrag gab ihm keineswegs die Freiheit zurück. Dem alten Manne wurde bedeutet, dass er erst dann das Gefängnis verlassen dürfe, wenn er das beantragte Palästina-zertifikat in Händen habe.

Das Albumblatt.

Dr. Landauer war noch bis ins Jahr 1938 hinein im Besitz einer leidlichen Praxis. Trotz aller Warnungen und Drohungen sass den Tag in seinem Wartezimmer Arier und Arierinnen, die ihrem alten Doktor ihr volles Vertrauen bewahrt hatten. In der mitteldeutschen Grosstadt, in der er seit Jahrzehnten seine Praxis ausübte, war er einer der wenigen jüdischen Aerzte, die sich noch halten konnten. Aber er war bereits ängstlich und eingeschüchtert und wagte es kaum, seine Klienten auf der Strasse zu grüssen.

Im Februar 1938, als er sich schon mit Auswanderungsgedanken trug, begegnete ihm eine in jedem Betracht reinrassige Dame auf der Strasse, die ihm zu besonderem Danke verpflichtet war, weil er bei der glücklichen Geburt eines ihrer Kinder Assistenz geleistet hatte. „Herr Doktor, ich möchte mit Ihnen plaudern.“ Sie sehen schlecht aus. Wollen Sie eine Tasse Kaffee mit mir trinken? — Aber dieser kühne Vorschlag scheiterte an dem hartnäckigen Widerstande des Arztes. Das sei viel zu gefährlich, für sie wie für ihn. Man könnte gesehen werden. Die Folgen seien unaussprechlich.

Daraufhin lud die ehemalige Patientin den alten Hausarzt der Familie zu einem gemeinsamen Besuche bei ihren Eltern ein, da sie infolge Wegzugs in der Stadt

keine eigene Wohnung mehr besass. Zögernd folgte der Doktor der Einladung. An der Haustür schaute er sich angstvoll nach allen Seiten um, ob er dabei um Himmelswillen von niemanden gesehen werde. „Sie wissen ja, — Nürnberg“ . . . Man sei so schnell denunziert. Dann gab er sich einen Ruck und ging mit.

In der Wohnung der alten Herrschaften gab es ein gutes Wiedersehen. Man verbrachte im Kreis der Familie mit alten Erinnerungen eine friedliche Stunde. Aber ehe der Arzt aufbrach, sprach er einen Wunsch aus: „Bitte geben Sie mir Ihr altes Familienalbum. Darin habe ich mich früher schon einmal verewigt.“ Man brachte es ihm und er schrieb hinein: „Der Familie S. herzlichsten Dank für die freundliche Aufnahme am 18. Februar 1938.“

Ein wenig befremdet fragte der Hausherr, warum er auf diese an sich so belanglose Niederschrift solchen Wert lege. Der Arzt antwortete wörtlich: „Seien Sie mir nicht böse. Das ist mein Alibi. Ich will damit bestätigt haben, dass ich an diesem Abend nicht mit Ihrer Tochter zusammen war, sondern diese Stunde in Ihrem Kreise verbrachte. Man kann ja nie wissen . . .“

Dann ging er. Unten an der Haustür sah er sich wieder ängstlich nach allen Seiten um.

Der Hundertmarkschein.

Der Sohn einer angesehenen jüdischen Juristenfamilie Norddeutschlands ging, nachdem er die Aussichtslosigkeit einer Existenz im Dritten Reich eingesehen hatte, vor zwei Jahren nach England. Hier musste er sich schwer durchkämpfen, zumal ihm ein altes Lungenleiden zu schaffen machte. Aller Mittel entblösst, fristete er durch Unterstützungen von Freunden und entfernten Verwandten notdürftig sein Dasein, als er seine kaufmännische Stelle verloren hatte.

Die Mutter, in grösster Besorgnis um ihren Jungen, sann darüber nach, wie sie neben den erlaubten zehn Mark noch etwas Geld an ihn senden könnte. Sie steckte einen Hundertmarkschein in ein Buch, aber sie nannte als Absender nicht sich selbst, sondern schrieb einen erdachten Namen hin. Das kleine Paket wurde an der Grenze geöffnet, man fand das Geld.

Nun liess die Gestapo ihren Apparat spielen. Nach einiger Zeit wurde, da das Paket der Vorsicht halber nicht am Orte, sondern in Berlin zur Post gegeben worden war, eine nahe Verwandte des Adressaten in Berlin verhaftet. Die Gewissensqualen der Mutter des jungen Mannes braucht man nicht näher zu schildern. Um ihre Nichte aus dem Gefängnis zu befreien, schrieb die alte Frau einen langen Brief mit Einzelheiten über die Krankheit ihres Sohnes an die Gestapo ihres Heimatsortes, um sich selbst als „Schuldige“ zu bezichtigen.

Als die Polizei kam, war die 65jährige Frau bereits ins Hospital transportiert worden. Sie hatte Veronal genommen und starb zwei Tage später.

flüstert wird, dass Polen durch das Karwiner tschechische Gebiet entschädigt werden soll?

Wahl im Ruhrgebiet

Wer die 99 Prozent ernst nimmt, der möge auch glauben, dass Hitler die gesamte Arbeiterschaft für seinen Nationalsozialismus gewonnen hat. Dass dem aber nicht so ist, das beweist einem jeden, der Einblick in die Betriebe nehmen kann, die grosse Aktivität, die von den Antifaschisten in der Woche vor der „Wahl“ entfaltet wurde. Die gewerkschaftlichen Kader der Bergarbeiter standen an der vordersten Front der Aufklärungsarbeit. Sie begnügten sich diesmal nicht mit der Flüsterpropaganda und mit dem Anschreiben der gegen Hitler gerichteten Losungen an die Kohlenwagen. Flugblätter und Handzettel ergänzten diesesmal die bisherigen Methoden der Aufklärung. In einem längeren Bergarbeiterflugblatt, das auf verschiedenen Gruben von Hand zu Hand weitergegeben wurde heisst es:

„Oesterreichs Volk und mit ihm Oesterreichs Arbeiterschaft schickte sich gerade in einer gewaltigen Volksabstimmung für seine Unabhängigkeit einzutreten. Mit deutschen Bajonetten, Tanks und Bombenbeschwadern verhinderte Hitler das. Die Angst vor der sich neubildenden Freiheits-

front in Oesterreich, die Furcht vor der wahren Volksstimmung in diesem Lande diktierte ihm den Befehl zum Einmarsch der Truppen in das Land, das Hitler und seine Tyrannei hasst, wie Ihr es hasst . . .“

Für seine kriegsprovokatorische Politik verlangt der blindwütige Tyrann, den es je in der Menschheitsgeschichte gegeben hat, am 10. April des Volkes Zustimmung. Kameraden, die Ihr in den letzten Monaten gezeigt habt, wie man unter der fluchwürdigen Diktatur kämpfen und Erfolge erringen kann, gebt ihm Eure Stimme nicht! Verweigert sie dem Henker der Freiheit! Stimmt mit Nein!“

Auf der Zeche Gottesegen hatten findige Kumpels selbst verfertigte Handzettel an verschiedenen Kleiderhacken in der Waschkaue so angebracht, dass sie bei der geringsten Berührung sich lösen und zwischen die sich umziehenden Bergleute fallen mussten. Diese Handzettelchen trugen als Ueberschrift: „Zum 10. April.“ Die Worte Volk, Führer, Reich waren in dicken Blockbuchstaben untereinander gesetzt. Zwischen den Worten Volk und Führer stand ganz klein geschrieben „verfluche den“. Unter dem Wort Reich standen die beiden Buchstaben e und n, nach Führer stand „der“, sodass der ganze Wortlaut so lautete: „Zum 10. April, Volk verfluche den Führer der Reichen.“

In einer Bergarbeiterkolonie in Hamborn

finden die Bergleute am Sonnabend, den 9. April, einen Zettel mit folgendem Inhalt in ihrem Briefkasten:

Mussolini.

- 1914: Sozialismus verraten.
- 1915: Deutschland verraten.
- 1936: England verraten.
- 1938: Oesterreich verraten.

Hitler.

Mussolini, das werde ich Ihnen nie vergessen!

Hitlers Wirtschaftserfolge

Die „Erfolge“ der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, besonders auf dem Gebiete des Aussenhandels, werden u. a. durch die Entwicklung der Ausfuhr von Erzeugnissen der Elektrotechnik beleuchtet. Es betrug die Ausfuhr:

	in Tausen	in M.R. RM.
1929	224 600	838,2
1937	181 800	315,6

Es liegt demnach die mengenmässige Ausfuhr von Erzeugnissen der Elektrotechnik im Jahre 1937 noch um mehr als 30 Prozent tiefer als 1929, während die wertmässige Ausfuhr sogar um mehr als 50 Prozent geringer ist als im letzten Konjunkturjahr der „Systemzeit“.

Emigrantenrecht

Grundsätzliche Bemerkungen zu einem aktuellen Thema

Das Wort „Emigrantenrecht“ mag manchen als ein Widerspruch in sich selbst, anderen sogar als eine Anmassung erscheinen. Denn wenn auch der Emigrant in einem Rechtsstaat theoretisch denselben Schutz der allgemeinen Gesetze geniesst wie ein anderer Landesbewohner, so wird dieses theoretische Recht praktisch doch wieder aufgehoben durch das Recht der Regierungen, gegen unerwünschte Ausländer mit der Ausweisung vorzugehen. Ausweisung bedeutet für den Emigranten oft fast ein Todesurteil; um ihm zu entgehen, wird der Bedrohte alle Bedingungen annehmen müssen, die auferlegt werden.

Die Schaffung eines wirklich internationalen weltumfassenden Emigrantenrechts scheidet an dem Umstand, dass manche der heutigen Gross-Staaten längst keine Rechtsstaaten mehr sind. Ihr Verhalten den Emigranten gegenüber wird nicht durch rechtliche, sondern ausschliesslich durch machtpolitische Gründe bestimmt. Das beste Beispiel dafür liefert Hitler-Deutschland, das zwar nazistische Mörder-Emigranten liebevoll in seine Vaterarme nimmt, emigrierte Gegner aber, die nur mit geistigen Waffen fechten, über die Grenzen hinaus mit grimmigem Vernichtungswillen verfolgt. Die Schaffung eines internationalen Emigrantenrechts wäre also nur zwischen Rechtsstaaten möglich. Hier ist sie auch freilich doppelt notwendig. Denn so dankbar auch die Emigranten anerkennen, was ihnen als Wohltat erwiesen wird — die grösste Wohltat an ihnen ist es doch, wenn ihnen wieder ein fester Rechtsboden gegeben wird, auf dem sie sicher stehen können. Denn das Gefühl, rechtlos zu sein, drückt sie noch schwerer als alle materielle Not.

Für moderne Rechtsstaaten demokratischer Prägung dürfte eigentlich kein Zweifel daran bestehen, dass es auch ein Recht der Emigranten gibt, das aus den allgemeinen Grundsätzen der Menschenrechte entspringt. Zu den Menschenrechten gehört auch das Recht auf geistige Betätigung, auf geistigen Kampf im Rahmen der allgemein geltenden Gesetze.

Es wäre gewiss in keiner Weise zu rechtfertigen, wenn Emigranten das Gastrecht, das sie in einem Lande geniessen, dazu missbrauchen wollten, politische Attentate und bewaffnete Aufstände zu organisieren. Mit Recht würde die Regierung des Gastlandes gegen ein solches Verhalten, das sie in Konflikt mit einem fremden Staate bringt, alle ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel in Anwendung bringen. Das Organisieren von politischen Morden und bewaffneten Aufständen im Ausland ist und bleibt eine hitlerdeutsche Spezialität, kein deutscher Emigrant wird von einem seiner demokratischen Gastländer etwas Ähnliches erwarten oder gar verlangen.

Dagegen wäre es nur billig, wenn das Recht der Emigranten, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, in allen demokratischen Staaten anerkannt würde. Das ist aber bekanntlich leider nicht der Fall. Einige von ihnen haben sich von vornherein auf den Standpunkt gestellt, dass den Emigranten jede politische Betätigung zu verbie-

ten sei, andere sind durch Druck von aussen auf diesen Standpunkt gedrängt worden, die dritten werden mit allen Mitteln bearbeitet, dass auch sie sich ihm anschliessen mögen.

Was hier vollzogen ist oder erstrebt wird, ist nichts anderes, als ein Akt der Gleichschaltung über die Grenzen hinaus. Der totalitäre Staat kann es nicht vertragen, dass seine Bürger im Auslande Rechte besitzen, die er selber ihnen genommen hat, dass sie seiner autoritären Meinung ihre eigene freie entgegenstellen, dass sie seiner eigenen privilegierten Lügenberichterstattung mit wahrheitsgemässen Berichtigungen begegnen. Daher die fortgesetzten unermüdlichen Bemühungen der totalitären Staaten, sich bei der Bekämpfung und Verfolgung ihrer Emigranten auch alle fremden Regierungen dienstbar zu machen. Die im Sinne eines demokratischen Rechtsstaates vollkommen legale Aktivität der Emigranten wird unter grotesker Umkehrung aller Tatsachen und Begriffe als eine Bedrohung des Friedens hingestellt, und den demokratisch-pazifistischen Regierungen wird der Gedanke nahegelegt, sie könnten den Frieden dadurch schützen, dass sie den autoritären Regierungen ihre Dienste gegen die Emigranten zur Verfügung stellen.

Einem solchen Ansinnen zu willfahren, wird einer Regierung desto leichter fallen, je weiter auch sie selber

sich schon von den Grundsätzen des demokratischen Rechtsstaates und der französischen Revolution entfernt hat. Sie wird dann auch nicht mehr bemerken wollen, dass sie mit ihrem freiwilligen Gleichschaltungsdienst gar nicht dem Frieden dient, sondern vielmehr den Kriegsvorbereitungen eines angriffslustigen Gegners. Es ist in diesen Blättern schon darauf hingewiesen worden, wieviel der sogenannte *Pressfriede* zwischen Deutschland und Oesterreich dazu beigetragen hat, die Annexion vorzubereiten: das Opfer wurde moralisch ruiniert, bevor es physisch vergewaltigt wurde. Wenn es aber wahr ist, dass in den grossen geschichtlichen Schicksalsstunden der Geist und nicht die Gewalt den Ausschlag gibt, dann bedeutet der Verzicht auf den eigenen Geist schon den Beginn der Kapitulation.

Dem eigenen Geist eines demokratischen Staatswesens entspricht es keineswegs, wenn Emigranten unter ein drückendes Sonderrecht gestellt und jeder Möglichkeit, ihre Ideen zur Geltung zu bringen, beraubt werden. Jeder demokratische Staat hat das Recht, Zumutungen, die ihm in dieser Richtung gemacht werden, unter Berufung auf seine eigenen Daseinsgesetze abzulehnen. Europa stünde wahrscheinlich heute besser da, wenn die Regierungen allesamt dieses Recht für sich in Anspruch genommen und nach allen Seiten hin tatkräftig gewahrt hätten.

Das Recht der Emigranten, den Kampf für ihre Ideen zu führen, ist nur ein Teil der Rechtsgrundsätze, auf denen ein freiheitliches Staatswesen aufgebaut ist; man kann es nicht bestreiten, ohne diese Rechtsgrundsätze selbst zu bestreiten. Logischerweise kann es ja auch eine rechtliche Sonderbehandlung der politischen Emigranten in Angelegenheiten der geistigen Freiheit nicht geben; der gegen sie geübte Zwang greift bald auch auf die einheimischen Geistesarbeiter über und schliesslich wird sich eine kompromissbereite Regierung vor die Notwendigkeit gestellt sehen, im angeleglichen Interesse des Friedens die Freiheit der öffentlichen Meinung ganz allgemein einzuschränken. Das kann dann z. B. dazu führen, dass ein Staatsoberhaupt A. eine Regierung B. in allen Tonarten beschimpfen und verleumden lässt, worauf die Regierung B. um des lieben Friedens willen alle Zeitungen, die sich über das Staatsoberhaupt A. kritisch äussern, erbarmungslos konfiszieren lässt. (Das ist ein Fall, der keineswegs erfunden ist, sondern der sich wirklich zugetragen hat.)

Möge also jeder freiheitliebende Bürger demokratischer Staaten daran denken, dass es sich nicht um die Emigranten allein handelt, wenn von Emigrantenrecht die Rede ist, sondern auch um sein eigenes Recht. *Tua res agitur!* Es ist Deine eigene Sache, um die es geht!

Oesterreich unter Göring

Ein Opfer des Vierjahresplanes

Oesterreich, aus der Wirtschaftseinheit der alten Monarchie gelöst, war auf ausländische Kredite angewiesen. Die früheren österreichischen Regierungen waren bemüht, die Verpflichtungen an ihre Gläubiger getreulich zu erfüllen, und die Schulden aus Ausland mit Warenausfuhr zu bezahlen. In der Zeit von 1932 bis 1937 war die österreichische Ausfuhr von 764 Millionen auf 1,2 Milliarden Schilling gestiegen, der Einfuhrüberschuss von 619 auf 237 Millionen Schilling gesunken. In der Zeit von Ende 1932 bis Ende 1936 waren die gesamten österreichischen Auslandsschulden zur Hälfte zurückgezahlt und eine Gold- und Devisenreserve von 400 Millionen aufgesammelt, die allerdings jetzt von Hitler requiriert worden ist. Aber der Preis, den Oesterreich für die gewissenhaften Einlösungen seiner Schuldverpflichtungen hatte zahlen müssen, war die Schwächung seines Inlandsmarktes. Dem Dienst an den ausländischen Gläubigern wurde die heimische Kaufkraft geopfert. Die Arbeitslosigkeit war seit 1933 fast unverändert hoch. Im Durchschnitt des Jahres 1937 war etwa ein Viertel aller österreichischen Arbeiter, Angestellten und Beamten arbeitslos. Während Hitler die Arbeitslosen mit den Geldern in die Betriebe brachte, um die die ausländischen Gläubiger geprellt worden waren, hat Oesterreich für die Befriedigung seiner ausländischen Gläubiger schwere Opfer gebracht. Sie haben sich für dieses vertragstreue Verhalten nicht gerade dankbar gezeigt, denn sie haben Oesterreich in die Hände des betrügerischen Schuldners Drittes Reich fallen lassen.

Die Basis der österreichischen Exportposition sind seine beiden grossen und fast einzigen Rohstoffreichtümer Eisenerz und Holz, also gerade die, an denen es dem Dritten Reich am meisten mangelt. Allein im Jahre 1937 konnte die österreichische Ausfuhr um rund 30 Prozent zunehmen, weil in der Welt Holz und Eisen rar geworden waren.

Der Export von Eisenerz war im vergangenen Jahre um 50 Prozent gestiegen. Die Ausfuhr von Bau- und Nutzholz hatte von 855 000 auf 1 180 000 Tonnen zugenom-

men, also um fast 40 Prozent. 60 Prozent dieser Zunahme fielen auf Italien. Würde die gesamte Eisenerzförderung, die 1937 1,8 Millionen Tonnen betragen hatte, in den Dienst der deutschen Aufrüstung gestellt, so würde damit nicht mehr als 8 Prozent des Eisenerzbedarfs gedeckt. Aber Oesterreich hat, um den Eisenhunger der zum Kriege rüstenden Welt stillen zu helfen, nicht nur seinen Export von Eisenerz, sondern auch von Eisenwaren forcieren können. 1937 war für Oesterreich ein Rekordjahr des Exports von Eisen- und Metallwaren. Er war von 765 000 Doppelzentner 1936 auf 1 500 000 Millionen Doppelzentner 1937, also auf das Doppelte angewachsen. Das Dritte Reich kann seine Eisenlücke mit Hilfe seiner neuen Ostmark zwar nicht auffüllen, aber doch verkleinern, allerdings unter der Voraussetzung, das ein wesentlicher Teil der bisherigen Ausfuhr nach dem Reich umdirigiert, die österreichische Erzeugung so gut wie vollständig dem Vierjahresplan dienstbar gemacht wird.

Ähnlich steht es mit Holz, einerlei ob es in Stämmen oder aus Zellwolle und Papier zur Linderung der deutschen Holznot beitragen soll. Nach der „Frankfurter Zeitung“ (26. März 1938) hat der Präsident des österreichischen Holzwirtschaftsrats, Hasslacher, dringend empfohlen, den österreichischen Wald zu schonen und den jetzigen Jahresanfall von 9,5 Millionen Festmeter auf 8,5 Millionen zu beschränken. Da es Göring aber darauf ankommt, die Kriegsvorbereitung zu beschleunigen, kann er die österreichischen Holzreserven ebensowenig vor Erschöpfung bewahren, wie er bisher die reichsdeutschen geschont hat. Sonst könnte dem deutschen Holzhandel mit österreichischen Holz nur abgeholfen werden, wenn das Holz, das bisher hauptsächlich nach Italien ging, ins Reich umgelenkt wird.

Damit würden die beiden wichtigsten Bestandteile der österreichischen Ausfuhr, die nebst Milch und Milchprodukten und den Einnahmen aus dem Fremdenverkehr dazu gedient hatten, seine Einfuhr zu bezahlen, zur Linderung der reichsdeutschen Rohstoffnot verwendet, aber der Befriedigung des österreichischen Rohstoff- und

Nahrungsmittelbedarfs entzogen. In dem Masse wie das Dritte Reich mit österreichischen Erzeugnissen seine Autarkisierung vervollständigt, entzieht es Oesterreich die Mittel, sich selbst mit dem Nötigen zu versorgen. Ausser Holz und Eisenerz fehlen Oesterreich fast alle Rohstoffe, die es für seine Industrie braucht, und auch in seiner Ernährung ist es vom Auslandsbezug abhängig. Mehr als die Hälfte aller in Oesterreich verarbeiteten Rohstoffe ist ausländischer Herkunft. Textilrohstoffe, Kautschuk, Nichteisenmetalle, Kohle und Mineralöl müssen ganz oder überwiegend importiert werden. 1936 hatte die österreichische Gesamteinfuhr 1247 Millionen Schilling betragen, davon waren auf Rohstoffe 565 Millionen, also fast die Hälfte entfallen.

Ganz besonders gross ist der Einfuhrbedarf für Getreide und Futtermittel. Der Anteil der Einfuhr an der Versorgung Oesterreichs betrug 1936-37 bei Weizen fast die Hälfte, bei Roggen nahezu ein Drittel. Auch für die Versorgung mit Schlacht- und Nutzvieh reicht die Inlandserzeugung nicht aus. Das Dritte Reich kann also seine eigene Devisenbilanz auf Oesterreichs Kosten entlasten, wenn es ihm entzieht, was es selbst an Rohstoffen und Nahrungsmitteln erzeugt, oder was es braucht, um seinen Bedarf an Rohstoffen und Nahrungsmitteln im Ausland zu decken und wenn es ausserdem das Ausland um die österreichischen Guthaben prellt, wie es sie um die reichsdeutschen geprellt hat.

Gewiss wird die Ersatzindustrie auch in der neuen Ostmark mächtigen Auftrieb bekommen, aber um die stillstehenden Maschinen in Gang, neue Werke in Betrieb zu setzen, werden erfahrungsgemäss zunächst mehr Rohstoffe verbraucht, als neu erzeugt. Die deutsche Rohstoffnot ist ja auch weniger durch Drosselung der Einfuhr als durch übermässigen Verbrauch für die militärische und wirtschaftliche Mobilmachung verursacht. Auch Oesterreich wird sehr bald erfahren, was es heisst, nach dem Grundsatz regiert zu werden, dass Kanonen wichtiger sind als Butter.

G. A. F.

Der verkehrte Kosmos

Was ist hier eigentlich falsch?

Aufrechte deutsche Männer Der Herr Ortsgruppenleiter persönlich

Stellen Sie sich bitte einmal vor, Sie wären Amtsrichter, sagen wir in Tegernsee, und eines Sitzungstages erschiene vor Ihnen als Angeklagter — Ihr Herr Ortsgruppenleiter und Bürgermeister. Als beleidigter Privatkläger träte ein ganz gewöhnlicher Parteigenosse vor Ihren grüingedeckten Tisch. Beantworten Sie sich selbst die Frage, wie sich Angst, Würde und Mannesmut unter den Versammelten verteilen würden. — Und seien Sie froh, dass Ihnen das nicht geschehen kann, während in der „Juristischen Wochenschrift“ 1938 S. 805 folgender Fall (OLG. München 15. Januar 1938 — 1Ws 20/38 —) verzeichnet wird:

„In einer Privatklagsache eines Parteigenossen gegen den Ortsgruppenleiter und Bürgermeister eines kleinen Landstädtchens von 2000 Einwohnern hatte das zuständige Gaugericht die Genehmigung zur Durchführung des Privatklageverfahrens erteilt. Auf erhobene Privatklage hin erklärten sich die beiden an dem dortigen Amtsgericht ansässigen Richter wegen ihrer Zugehörigkeit zur Partei und der sich hieraus ergebenden disziplinarischen Unterstellung unter den Privatbeklagten für befangen. Die übergeordnete Strafkammer des Landgerichts lehnte jedoch durch Beschluss die Erklärung wegen Befangenheit ab.“

Mit kummervollen Mienen beugten sich die beiden Richter über den Beschluss der Strafkammer. Ja, die Herren, die hatten Mut. Sie wohnten auch schliesslich in München und übten Sonntags abends vor einem ganz anderen Ortsgruppenleiter: „Auf, nieder, rechts um, ganze Abteilung kehrt!“ Aber, was sollten die beiden Dorfrichter tun? In ihrer Bedrängnis kam ihnen eine gute Idee. Sie suchten den ganz gewöhnlichen PG., den Privatkläger, auf und erreichten „das...“

„Nunmehr lehnte der Privatkläger die beiden Richter als befangen ab. Die beiden Richter gemäss § 26 Abs. 3 StPO. hierzu gehört, erklärten das Ablehnungsgesuch für begründet.“

Schon atmeten die beiden gequälten Kreaturen auf, da:

„Trotzdem erliess die Strafkammer erneut Beschluss, die Zugehörigkeit der beiden Richter zu der von dem Beschuldigten als Ortsgruppenleiter geführten NSDAP. vermöge die Befangenheit niemals zu begründen. Im übrigen gab die Strafkammer schon aus grundsätzlichen Erwägungen nicht statt, weil über kurz oder lang alle Richter Mitglieder der Partei seien und damit jeweils ein Ortsgruppenleiter dem örtlich zuständigen Richter entzogen würde.“

Die Herren Richter sprachen einander Mut zu: „Mach du's. Du wirst dich doch nicht etwa fürchten? Schön tief atmen.“ Es half alles nichts. Der Gedanke, einen Spruch gegen den Herrn Ortsgruppen-

Wie ist man überhaupt soweit gekommen? Wie war es möglich, dass wir relativ gross, kräftig und mannbar wurden, trotzdem wir doch ziemlich wild aufwuchsen: ohne Hitlerjugend, ohne Blockwart, ohne Ehe-Fernlenkung, ohne Rassenamt, Stammbaum und Sippenfamilie? Wie konnte das geschehen? Sind wir nicht alle ein einziger Irrtum, eine eigentlich ungültige Täuschung der Schöpfung, wie so vieles, das vor dem gottgesandten Führer geschah? Das Pulver wurde erfunden, die Buchdruckerkunst, das Porzellan, die Dampfmaschine, Jahrhunderte umwälzender Entdeckungen und Erfindungen kamen und gingen — ohne Hitler, ohne Radiogedröhn, ohne: „Das danken wir dem Führer...“

Was ist hier eigentlich falsch? Dänemark baut zwischen den Inseln Seeland und Moen eine auf vierzehn Pfeilern ruhende Brücke, 700 Meter lang, 26 Meter über dem Meeresspiegel, mit einem Zufahrtsviadukt von 400 Meter Länge. Ohne Diktator, ohne Radiogeschrei, ohne ersten Hammerschlag eines „starken Mannes“, in stiller, sachlicher, emsiger Arbeit! In Frankreich, England, USA werden grosse Dinge projektiert, gewaltige Hochhäuser entstehen, in USA fährt bald jeder zweite Mann sein Auto — ohne „Dynamik“, ohne Führergeschrei! USA baut die grössten Schlachtschiffe und Flugabwehrgeschütze, die aus sechs Rohren Explosivstoffe schleudern, es nimmt Riesen-Ozeanflugzeuge in Angriff: für 120 Passagiere, mit Promenadendeck, Bar, Speisesalon, Kabinenreihen quer durch die Flügel. Jüngst wurde eine Autobrücke eröffnet, die über das Meer hinweg Miami und Key-West verbindet, elf Kilometer lang, die längste Ueberwasserbrücke der Welt! Das alles ohne Reden vom amerikanischen Erfindergeist und „das macht uns niemand nach“.

Welch eine verrückte Welt! Kunstausstellungen werden in anderen Ländern eröffnet, ohne dass der Staatslenker als „grösster Künstler und grösster

Baumeister der Nation“ gefeiert wird! Rembrandt konnte das grösste Malgenie seiner Zeit sein, trotzdem dieser Arier mit Vorliebe im Gettho lebte?! Welche Entartungen des Abendlandes umanand!

Man war einmal Kind, fröhlich und urwüchsig — und dachte nicht an Blut und Ehre? Der Weltkrieg brach herein und alle diese „verweichlichten Nationen“ richteten vier Jahre lang ein Blutbad an, kämpften mit einer Zähigkeit, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre?! Obwohl sie das in Gefahr leben als blöde Phrase verlachten, lagen ein Dutzend Völker vier Jahre hindurch im Trommelfeuer mit einer Ausdauer, die zwar nicht freiwillig und das Gegenteil von begeistert war, die aber völlig ohne braunes Heroismusgeschrei und trotz Johst's Defaitismus zustande kam?!

Blendwerk über Blendwerk. Es gab eine deutsche Republik ohne KZ, ohne Folterkeller, ohne Gestapo, ohne Massenausbürgerungen — und die Menschen konnten richtig fröhlich sein? Es gab eine Jugend, der noch denken gelehrt wurde, eine Wissenschaft, die frei forschen durfte, freie Wahlen mit Rede und Gegenrede — und Deutschland wurde trotzdem der mächtigste Industriestaat? Die Menschen flüsterten nicht, sondern redeten ohne den Blick nach hinten — und rafften sich aus dem alldutschen Kriegszusammenbruch mit einer Raschheit empor, dass die anderen Völker staunten und jeder Deutsche im Ausland geachtet war?! Deutsche Demokratie schuf eine Sozialpolitik, die allgemein als beste der Welt galt — ohne Winterhilfe, ohne Sammelbüchse, ohne Milliardenschulden und Rohstoffverschleuderung, trotz völliger Ausblutung durch vier Jahre Krieg?! Wie ging das zu?

Die Tschechoslovakei hat mit der Masaryk-Marke (Stück 50 Heller) für arme Kinder im Jahre 1936 eine Summe von 1 303 618 Kronen, 1937 eine Summe von 1 719 842 Kronen gesammelt. Völlig frei-

willige Spenden, ohne dröhnende Führerreden, in aller Stille und ohne Unter-schlagungen.

Ja, es gab sogar eine Zeit, da redeten deutsche Staatsmänner richtig deutsch und klar — und es ging auch? Ohne Vistra, ohne Fischwurst und Walfischfett, mit richtigen Messinghähnen und waschbarem Leinen — und Deutschland war trotzdem in der ganzen Welt geachtet? Der Steinklopferhans gar, der kannte keinen Führer, keinen Blockwart, keine „neue Ausrichtung“, keine Gestapo — und war trotzdem der Heister unter der Sonne? Und konnte der Meinung sein, ihm könne nix geschehen? War das nicht die falsche, liberalistische entartete Fröhlichkeit, und wie würde ihn ein Anzengrüber heute reden lassen? Heute, im Jahrzehnt von Gottgesandten, denen das ganze bisschen Kosmos mit Recht zu klein geworden ist... .

Zweifelsohne, bis zum Reichstagsbrand stimmte im Kosmos allerhand nicht; er bedarf der „neuen Ausrichtung“ und man wird angesichts dessen in fataler Weise an jenen verrückten Ornithologen erinnert, dem der Vogelzug nicht exakt genug war und der zu seinem Begleiter sagt: „Sehen Sie die Raben dort oben? Sie fliegen nicht richtig...“ Die Vögel glaubten es nicht und fliegen infolgedessen heute noch falsch. Die Folgen werden sie selbst zu tragen haben. Wir aber wurden gerettet. Wir lebten reglementswidrig und liefen falsch, bis endlich Gottgesandte den erneuerten Völkern richtig dynamisch marschieren lehrten. Der Duce selbst wurde durch den braunen Marschschritt spontan, ganz spontan vom Podium herunter in Reih und Glied gerissen und im selben Moment prompt fotografiert. So marschieren sie, marschieren unaufhaltsam in den neuen Weltkrieg, in den Krieg mit Gift, Gas, Brandbomben und Gasmasken für Kind und Katze und jegliches Gebein. Schon daran könnt ihr erkennen, das die neu ausgerichten Völker vor dem Reichstagsbrand falsch liefen. B. Br.

Der Kunsttempel „Ordnung und Klarheit in der Kunst“

Auf der Tagung der Reichskammer für bildende Künste wurde mitgeteilt, dass bei der „Säuberungsaktion“ in den deutschen Galerien 5 000 Gemälde und Plastiken und 12 000 graphische Blätter beschlagnahmt wurden. In einigen Galerien wurden auch Rembrandtsche Bilder abgehängt. Ob sie wieder auf ihren Platz zurückkehren, weiss man nicht, denn mit der Frage, ob der grosse Niederdeutsche dem Volke noch gezeigt werden darf, sind Hitlers Kunstfeldwebel noch nicht zuende gekommen. Jene Hansen und Willrich, die die Ausstellung „Entartete Kunst“ organisierten, sprachen vor einigen Monaten vor den deutschen Museumsleitern und verfeimten van Gogh (wegen späteren Irrsinns), Mathias Grünewald (wegen Belastung mit christlicher Demut) und Rembrandt, weil er Ghetto-Bilder gemalt und freiwillig mit Rotterdamer Juden gelebt habe. Nach der Rede gab es Krach unter den Museumsleitern und gleichgeschaltete Blätter, denen die Bilderstürmerei der Willrichs zu blamabel schien, meckerten gelegentlich so nebenbei für Rembrandt. Die „DAZ“ druckte erst kürzlich ein Stück aus einem Aufsatz der „Monatsschrift der Nordischen Bewegung“ ab, in dem es hiess:

„Ein niederdeutsches Drama, wie etwa das des einzigen Hebbel, ist seinem Stil nach tiefenhaf, ungeheuerlich wie ein treibender Eisberg angelegt, dessen grösster Teil unter Wasser treibt... Das ist nordische Sprache, wie es auch nordisch ist, schalkhaft und wissend wie Rembrandt mit schrägem Blick in die Welt zu lächeln, verklärt und zum Licht

erhoben durch die Sprache goldgründiger Leuchtkraft eines Streifen Brokats.“

Wodurch Rosenberg wiederum unangenehm an die leidige Tatsache erinnert wird, das durch die Mischung von nordischer und jüdischer Seele grosse Kunstwerke entstehen können. Willrich aber hat ein Buch herausgebracht, das er „Säuberung des Kunsttempels“ nennt und in dem er die Entarteten noch einmal hochnimmt. Es kann sich ja keiner wehren und niemand darf dem malenden Dilettanten gebührend antworten. Eine Niederlage jedoch wurde den Kunstfeldwebeln bereits: die Wiederholung der entarteten Ausstellung in Berlin zeigt einige Lücken. Verschiedene der Werke, deren Verfemung die internationale Kunstwelt besonders empörte, sind verschwunden, darunter Corinth, Marc, Lehmbruck, Barlach. In Willrichs Buch aber hängen sie noch unter den Entarteten. Das ist die „Ordnung und Klarheit in der Kunst“, die Hitler in seiner Münchner Rede drohend verhies. Es ist vor allem eine Blamage des Führers, der 1937 „den Kunsttempel säuberte“ und nun revidiert werden musste. Dafür hat man die Ausstellung um eine neue Niedertracht bereichert: die Kaufsummen der Bilder werden nach wie vor genannt, nur die Jahreszahlen sind weggefallen. Das Publikum soll nicht erkennen, was Inflationsziffern sind. Es kommt ja auf einen Betrag mehr nicht an.

Eine Probe wirklicher deutscher Kunst wird dem Publikum demnächst aufgenötigt werden. Im Februar wurden „zwanzig bedeutende Künstler“, wie es in der „Kölnischen Volkszeitung“ hiess,

„vom Amt des Beauftragten des Führers für die gesamte geistige und weltanschauliche Schulung der NSDAP in Zu-

sammenarbeit mit der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ und dem Reichsbund der Kinderreichen sowie dem Rasse- und Siedlungshauptamt der SS aufgefordert, teilzunehmen an einem neuartigen Kunstwettbewerb zur Schaffung des guten Familienbildes. Es war ihnen zur Aufgabe gestellt worden, die kinderreiche, erbgesunde und rassisch hochwertige deutsche Familie darzustellen. Das Ergebnis dieses Wettbewerbs wird zusammengefasst in der Ausstellung „Das deutsche Familienbild“.

Ende April soll die Ausstellung komplett sein. Alles, was man in den neudeutschen Werbeschriften für Volksvermehrung gesehen hat, wird an den Wänden fröhliche Auferstehung feiern. Keine Familie unter vier Sprösslingen. Die Reklameplakate für Kindermehl werden künstlerischer anmuten, als die meisten dieser Illustrationen von der Zeugungsfront. „Volk ohne Raum.“ Allgemein aber dürfte auffallen, dass keiner der „rassisch hochwertigen“ Familienväter einem Hitler oder Goebbels ähnlich sehen wird. B. Br.

mit der rechtskräftigen Entscheidung des obersten Landesgerichts der Herr Amtsgerichtsrat Reinhold Uhrbach. Aber der wohnt nun gar in Berlin und ist Kammervorsitzender im Gaugericht der NSDAP. Er bespricht aus weiter räumlicher Entfernung den Beschluss des obersten Landesgerichtes in der „Juristischen Wochenschrift“ und sagt:

„Der Staat muss und kann mit Rücksicht auf die eingehende Vorbildung und Erziehung, die er seinen Richtern auf Grund jahrzehntelanger Erfahrungen zuteil werden lässt, von jedem Richter so viel Objektivität erwarten und verlangen, dass dieser auch als Parteigenosse in der Lage ist, seinen Ortsgruppenleiter objektiv zu beurteilen.“

Wir wollen abwarten, was Herr Reinhold Uhrbach denken, sagen und schreiben wird, wenn er als Amtsrichter seinen eigenen Herrn Ortsgruppenleiter persönlich als Angeklagten vor sich sitzen sieht.

Der unpolitische Dichter Bilanz einer Entwicklung

Alljährlich zur Zeit des Herbstbeginnes hängt man auf dem Hofe des dicken Bauern Tamm in den Zweigen einer Linde eine Wage mit kräftig gezimmerten Holzschalen auf. Das Dorf strömt zusammen, und der lustige angesehene Mann, über dessen Leibesumfang unzählige Scherzworte umgehen, lässt sein Gewicht in Bäckerwaren ausmessen, in Schinken, in Speckseiten und in Würsten, die von der Bäuerin aus der Vorkammer herangeschleppt werden. Da

schwebt er zum Gaudium der Dorfjugend in der schwankenden Schale, noch ein Schinken muss auf den anderen Holzsteller gelegt werden, noch eine Wurst. Hernach sperrt man die Dorfarmen in eine Scheune und nun werden Schinken und Würste auf dem Hofe versteckt, denn es handelt sich um eine Bescherung für die Bresthaften, für die alten Weiblein, für die hustenden Greise — so gut ist der Bauer Tamm.

Man stelle sich also vor, was das für ein Schauspiel wird! Auf dem Holzstoss oben liegt eine Speckseite. Wie da die jämmerlichen Gestalten übereinander herfallen, zapeln, sich raufen, wie die alten Weiblein nach einer Wurst springen, die im Baume hängt. Die behäbigen Bauern sehen zu, der ganze Hof dröhnt von Hallo und Gelächter, es ist eine derbe, gesunde, volkstümliche Lustigkeit, wie man sie in Deutschland liebt.

Der Schriftsteller, der uns diese Szenerie schildert, ist Hans Fallada. — Man sieht, er versteht sich gut auf das, was einem sonderbar verrohten Lande gemäss ist, auch hört man seinem gelassenen Erzählerton nicht an, ob ihm die Schnurre, die er da erkennen hat, gefällt. Sein Buch „Altes Herz geht auf die Reise“ macht Opposition in der versteckten, behutsamen Weise, die überall möglich ist, sogar in Deutschland. Die kleine Rosemarie, minderjährig und schlecht beraten, hat ihren elterlichen Hof verloren. Päuile Schlieker und seine Frau Mal halten Haus, Acker und Vieh in unredlichen Händen. Ein Märchen ist es, was Hans Fallada erzählt, ein Tagtraum, ungereimt mit wunderlichen Sprüngen, später romantischer Nachhall mit einer bösen Nutzenanwendung auf die unfrohe Gegenwart. Päuile Schlieker ist so schlecht, wie man

Der Mutter Seitensprung

Zu Beginn der Naziherrschaft waren viele Leute auf eifriger Suche nach einer arischen Grossmutter. Heute hat man schon spezialisierte Wünsche. Man sehnt sich nach einem Ehebruch seiner Mutter. — Reichsgerichtsurteil vom 18. Januar 1938 — 1 D 851/37 — „Juristische Wochenschrift“ 1938 S. 798 heisst es:

„Das Landgericht hat festgestellt, dass die (arische) Mutter des Angeklagten innerhalb der für diesen in Frage kommenden Empfängniszeit nicht nur mit ihrem volljüdischen Ehemann, sondern auch mit dem deutschblütigen Dr. G. Geschlechtsverkehr unterhalten habe. Es hat ferner auf Grund einer Anzahl von Beweisanzeichen die Ueberzeugung davon erlangt, dass kaum noch ein Zweifel darüber bestehen könne, dass nicht Dr. A. (der Ehemann der Mutter), sondern Dr. G. der Erzeuger des Angeklagten sei.“

Dass die Mutter und Dr. G. den segensreichen Einfall hatten, mit einander in Beziehung zu treten, rettet den Sohn vor einer Zuchthausstrafe, die er sonst erhalten haben würde, weil er seinerseits mit dem „deutschblütigen“ Fräulein E. das gleiche getan hat. Allerdings wird er nur nicht zu Zuchthaus verurteilt werden. Eine Gefängnisstrafe wird ihn treffen. Er war zwar nach der Feststellung der Gerichte kein Nichtarier, aber er hat hieran vielleicht selbst Zweifel gehabt. Und so wird man ihn, wie es im Reichsgerichtsurteil dem Landgericht vorgeschlagen wird, wegen des Versuches der Rasseschande unter Annahme des Eventualvorsatzes ins Gefängnis zu schicken, den Arier, der auch dann zu Zuchthaus verurteilt worden wäre, wenn er mit einer Jüdin verkehrt haben würde.

Ehrenpate oder Fussangel?

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (Nr. 131-32) meldet triumphierend:

Dem Dachdecker Willi Trenn in Hohensaaten wurde das 24. Kind, ein Junge, geboren. Der Führer, der Reichspräsident von Hindenburg und Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring hatten früher bereits Patenschaften für je ein Kind des Dachdeckers übernommen.

Die „Deutsche Allgemeine“ ist wiederum bei der Parole von gestern stehen geblieben. Heute liest man's in der Zeitschrift „Völkischer Wille“ schon wieder anders:

„Die Mammutfamilie ist ein Kapitel, das der Klärung sehr bedurfte, denn man begegnet nur zu oft noch Anschauungen oder gar Abbildungen, die die Familie mit 20 bis 40 Kindern geradezu als Ziel der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik hinstellen oder über «Rekorde» in Mehrlingsgeburten in Verückung geraten.“

Alles abwegig! Im «Neuen Volk», den Blättern des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, Heft 2, 1938), wird anknüpfend an den Fall des 38-Kinder-Vaters festgestellt, dass hier von einem Vorbild weder im Einzelfall noch allgemein die Rede sein könne . . .

Der Mann, der mit grossem Aufwand an Sensationsmacherei als Achtunddreissigkindervater herausgestellt worden ist, ist laut gerichtlichem Erkenntnis ein brutaler Mensch und wegen Totschlags

Zwei in Holland eingebürgerte ehemalige Deutsche klagen vor dem Thüringischen Obergerichtsgericht, weil das thüringische Innenministerium ihnen mitgeteilt hat, dass sie den Adelstitel in ihrem Namen künftig nicht mehr führen dürften. Das Urteil vom 15. Dezember 1937 — A 13/37 — ist in der Zeitschrift der Akademie für deutsches Recht 1938 S. 212 abgedruckt. Es heisst dort:

„Den Kaufleuten Paul und Werner C., Vater und Sohn, ist im Jahre 1919 vom Gesamtministerium des ehemaligen thüringischen Freistaates X., dem sie damals angehörten, die Genehmigung zur Führung des Familiennamens „von L.-C.“ erteilt worden, nachdem sie von einem Rentner von L. formgerecht an Kindes Statt angenommen worden waren. Beide haben dann im Jahre 1925 vorübergehend in Holland ihren Wohnsitz genommen und sich dort unter dem Namen von L.-C. einbürgern lassen. Später sind sie wieder nach Deutschland übersiedelt, wo sie noch wohnen, haben aber ihre niederländische Staatsangehörigkeit beibehalten . . .“

Das Schicksal der beiden Kaufleute, die so viel Wert auf einen Adelstitel legen, würde uns nicht interessieren, wenn es nicht lehrreich wäre, wie gering die juristische Vorbildung der Sachbearbeiter am thüringischen Innenministerium sein muss. Denn das Ministerium hat

„mit Verfügung vom 9. April 1937 die seinerzeit vom Gesamtministerium in X. erteilte Genehmigung zurückgenommen und die Verfügung Paul und Werner von L.-C. mit dem Eröffnen zugestellt, dass damit für sie das Recht erlösche, weiter den Familiennamen von L.-C. zu führen.“

Und erst vom Obergerichtsgericht muss sich das Ministerium sagen lassen, dass ihm die Befugnis fehlt, holländische Familiennamen zu ändern:

„Die Kläger sind unter dem Namen von L.-C. niederländische Staatsangehörige geworden; sie führen nach niederländischem Recht diesen Namen zu Recht. Daher kann eine deutsche Be-

vorbestraft, mehrere seiner Kinder sind des Lesens und Schreibens unkundig geblieben.“

Die Bevölkerungspolitik wimmelt nicht nur von Fussangeln, über die gestraucht wird, sie ist auch ein Gebiet, auf dem Sensationen keinen Platz haben dürfen.“

Die „Fussangeln, über die gestraucht wird“, sind u. a. die Herren Ehrenpaten, die bereit sind, auch beim vierzigsten Kind mit den üblichen 50 Mark aufzuwarten. Sie sind — mit Recht — der Ansicht, dass man sich auf dem Felde der Ehre auch erschliessen lassen kann, ohne des Lesens und Schreibens kundig zu sein.

Goerdeler macht sich lustig

Dr. Goerdeler, der frühere Oberbürgermeister von Leipzig, der den Versuch, im Dritten Reich eine grosse Gemeinde ordnungsgemäss zu verwalten, schliesslich als

Namensänderung zivil

Und Namensänderung gewaltsam

hörte . . . ihnen nicht mehr rechtsgültig diesen Namen entziehen, und zwar auch nicht mit blosser Wirkung für das Reichsgebiet“.

Wenn schon ein thüringisches Innenministerium Personenstandssachen etwas gewaltsam führt, so kann es nicht Wunder nehmen, dass der sudetendeutsche Graf X. seine Angelegenheit am liebsten mit dem blanken Schwert betreiben würde.

Der Herr Graf ist tschechoslovakischer Staatsbürger und lebt in Berlin. Dort hat er sich auch verheiratet und stand seither als „Graf von X.“ im Eheregister eingetragen. Wer verlangte, dass der Adelstitel im Register gestrichen werde, ist nicht zu ermitteln. Das Registergericht musste dem Antrage aber entsprechen, denn die Tschechoslovakie hat die Adelstitel durch Gesetz vom 10. Dezember 1918 für alle Bürger der Republik abgeschafft, und dieses Gesetz bindet nach internationalem Privatrecht und nach den deutschen Personenstandsbestimmungen die deutschen Behörden. Graf von X., nunmehr ein gewöhnlicher X. geworden, erscheint vor dem Kammergericht in Berlin und unterhält sich mit dieser Behörde darüber, was man etwa gemeinsam gegen sein Heimatland, die Tschechoslovakie, unternehmen könnte. Man merkt es dem Gerichtsbeschluss (vom 11. Februar 1938 — 1bWx 15/38 — J. W. 38 S. 857) an, dass der Herr . . . „nein, dass X zum äussersten entschlossen ist.“

Er proponiert schneidige Retorsionen. Das Kammergericht, nicht ganz so erregt, sucht ihn zu besänftigen. Allerdings grollt es wie er:

„Dass die deutschen Volks- und Staatsgrenzen nur teilweise zusammenfallen und es auch ausserhalb der Reichsgrenzen ein Deutschtum gibt, ist bekannt.“

Aber anders als er zieht es daraus den Schluss:

„Das kann jedoch nicht dazu führen, auf den deutschstämmigen und in Deutschland ansässigen Beschwerdeführer deutsches Namensrecht anzuwenden“.

vergeblich aufgeben musste, nimmt im „Finanzarchiv“ das Wort zu einer beissenden Kritik an dem, was die Nationalsozialisten „Wirtschaftsorganisation“ nennen. Er hat schon vor längerer Zeit einmal, als er noch Oberbürgermeister war, gegen die Umständlichkeit und Erschwerung des Instanzenweges in Wirtschaftsangelegenheiten losgelegt. Damals wagte er die Worte, „es kann einen Hund jammern, angesichts der vielen nutzlosen Erschwerungen, die die Nationalsozialisten eingeführt haben.“

Diesmal macht er sich über die Bevormundung durch die Hakenkreuzbönzchen in folgender Weise lustig:

„Wir sind nun glücklich soweit gekommen, dass wir alles und jedes nachprüfen und uns davon das Heil versprechen. Wir haben dabei nur vergessen, dass ewige Vormundschaft alles Reifen hemmt und schliesslich jede Verantwortung tötet. Die Folge kann nur sein, dass schliesslich der Prüfende beginnt, den zu

Gut, sagt X und hält sich mühsam zurück, so erklärt das Tschechoslovakische Gesetz für sittenwidrig. Wendet doch den Artikel 30 des Einführungsgesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch an. Diese Gesetzesstelle lautet:

„Die Anwendung eines ausländischen Gesetzes ist ausgeschlossen, wenn die Anwendung gegen die guten Sitten oder gegen den Zweck eines deutschen Gesetzes verstossen würde.“

Aber Herr X., sagt das Kammergericht, das geht doch nicht:

„Dass die Anwendung dieses Gesetzes durch Artikel 30 EGBGB, ausgeschlossen sei, kann nicht anerkannt werden. Ein Sittenverstoss scheidet ohne weiteres aus. Mag man auch die bekannte Formel des Reichsgerichts — Erschütterung der Grundlagen des deutschen staatlichen und wirtschaftlichen Lebens — als zu eng ansehen, so liegt jedenfalls keine Zweckwidrigkeit vor. Anders wäre die Frage zu entscheiden, wenn sich das betreffende Gesetz ausschliesslich gegen das Deutschtum in der Tschechei gerichtet hätte. Das ist jedoch ersichtlich nicht der Fall. Von diesem Gesetz wurde der tschechische, ungarische und österreichische Adel ebenso betroffen wie der deutsche.“

Das Kammergericht verstösst zwar gegen die Regeln internationaler Höflichkeit, indem es „Tschechei“ sagt, auch beachtet es nicht den historischen Umstand, dass der tschechische Adel 1918 nicht mehr bestand, sondern schon seit Jahrhunderten via facti beseitigt war, aber dafür lehnt es wenigstens ab, gemeinsam mit Herrn X. das zu tun, was X möchte. Denn es erklärt:

„Vergeltungsmassnahmen zu ergreifen, ist nicht Aufgabe der Gerichte, sondern der Staatsführung“.

Ob sich X. mit der „Staatsführung“ schon in Verbindung gesetzt hat und ob die Staatsführung seinem Wunsch willfahren wird, das wird die Geschichte lehren. Wir jedenfalls werden die historischen Gründe kennen.

Prüfenden bei jeder Handlung vorher um seine Meinung zu fragen. Die Verantwortung geht also von dem Geprüften auch sachlich auf den Prüfenden über. Das Prüfungswesen beisst sich in den Schwanz wie eine in der Falle gefangene Maus. Denn in diesem Zeitpunkt müsste eine Ueberprüfung der Prüfung einsetzen . . .“

Der nationalsozialistische Bürokratismus treibt tatsächlich die tollsten Blüten.

Die Morphiumspritze. „Ueberall, abgesehen von den ganz schweren Fällen, empfinden zuversichtliche und gar fröhliche Blicke das fliegende Wahllokal. In dem Augenblick als man das Abstimmungsdocument empfing und sich anschickte, den grossen Kreis mit dem Ja darüber zu durchkreuzen, hatte man jeden Schmerz vergessen.“ (Der „Westdeutsche Beobachter“ über die „Wahl“ in einem Kölner Hospital.)

Unbehagen Die stärkeren Geister

Während die Nazipresse seit der Okkupation Oesterreichs täglich nationalistische Begeisterungsorgien feiert, dämmert den Gleichgeschalteten die entsetzliche geistige Leere des Rummels und seine Gefahren. In manchen ihrer Osterbetrachtungen klang zwischen den Zeilen der Ruf nach Besinnlichkeit. Als Beispiel sei einiges aus dem Leitartikel des „Berliner Tageblattes“ (17. April) zitiert:

„So erscheinen Renaissance, Wiedergeburt, Auferstehung als verwandt. Gewiss, was vergangen, kehrt nicht wieder“; die Weltgeschichte repetiert nie mechanisch, nie steht das Alte unverändert auf. Aber soweit in geistigem Besitz oder geistiger Bewegung Wertvolles lag, das durch Ungunst der Verhältnisse verkümmern musste oder vorzeitig unterdrückt, zu unrecht ganz preisgegeben und dann von den allzu kurz Blickenden völlig totgesagt wurde, pflegt es irgendwann wiederzukehren. Und manchmal bringt solcher vermeintlich ganz ausgelebte Geist, wenn er zurückkommt, nach einem Worte der Bibel sieben stärkere Geister mit sich.“

Der Verfasser hat dabei wohl an die Geschichte der Freiheit erinnern wollen, lener Gedankenfreiheit, die von manchem Tyrann gemeuchelt wurde und immer „mit sieben stärkeren Geistern“ siegreich wieder kehrte. Der Artikel betont „die ausgleichende Gerechtigkeit in der Geschichte geistiger Bewegungen“ und macht deutlich, welche Geistigkeit gemeint ist:

„Mag es oft späte Gerechtigkeit sein, irgendwann pflegt der zu kommen, der, wie Diomedes in Schillers Siegesfest, die

Pflicht empfindet: Wenn des Liedes Stimmen schweigen von dem überwundenen Mann, so will ich für Hektor zeugen, oder der, wie Lessing, seine Ehre darenin setzt, Verkanteten, von der Geschichte zu Unrecht Vergessenen eine Rechtfertigung, eine „Rettung“ zu verschaffen. Wer überhaupt an eine sittliche Weltordnung glaubt, der glaubt damit irgendwie auch an Gerechtigkeit in der Geschichte.“

Lessings Lebenswerk gilt zweien grossen Idealen: Menschlichkeit und geistige Freiheit. Das „Berliner Tageblatt“ weiss, warum es gerade in diesen Tagen Lessings Manen zitiert und Diomedes „überwundenen Mann“ mit der Gerechtigkeit in Verbindung bringt. Verursacht der Taumel von bestialischer Rachsucht, Verfolgungswut und gemeiner Schmäherung der Wehrlosen in Oesterreich selbst den abgehärteten Gleichgeschalteten ein Bangen und Gruseln?

Dialog

Einer der röteten Kölner Vororte war immer Ehrenfeld. Am Tage der Kölner Rede des Führers zum letzten Plebiszit fand man, dick mit Mennig aufgetragen, an einem Bauzaun an der Venloerstrasse folgende Inschrift „Freiheit und Rot Front leben!“ Einige Tage las man mit Kreideschrift darunter: „Ihr roten Feiglinge, meldet Euch doch!“ Am andern Morgen kam die Antwort, wiederum mit Mennigfarbe: „Geht nicht. Sind in der SA.“

Ausgewiesener Nazi. Die brasilianischen Behörden haben den Goebbelsbeauftragten Wilhelm Tender wegen seiner Umtriebe aus Brasilien ausgewiesen.

nicht einmal im Märchen schlecht ist, und wenn er den alten Professor Gotthold Kittguss unmotiviert in einen Kohlenkeller sperrt und ihn ebenso unerwartet daraus entlässt, traktiert er den alten Mann abwechselnd mit Robheiten und mit Biedermannsworten. Die Leser können sich, wenn sie wollen, ihre Gedanken machen. Viel gewonnen ist damit nicht. Die Auflehnung, die die Maske einer behaglich versponnenen Erzählung annimmt, hinterlässt einen merkwürdig zwiespältigen Eindruck.

Man hört einen Zornigen mit leiser Stimme sprechen. Wo will er denn hinaus mit diesen Deutschen, fragt man sich ungeduldig. Wodurch können sie gerettet werden? Durch Sauberkeit, durch Güte, durch reinen Willen, scheint er zu antworten, aber man hat das Gefühl, er glaubt es selbst nicht. Rosemarie kommandiert als Hilfstuppen die Kinder des Dorfes, das junge Volk ist rascher, warmherziger, praktischer als die Alten. Das haben wir schon einmal gelesen, zuerst bei Speyer, später bei Kästner. Die Erfindung wird dünn, es ist kein Zufall. Die in Deutschland verbliebenen Künstler haben keine glückliche Entwicklung.

Für uns ist Fallada der Autor eines unvergessenen Buches. Damals allerdings, als er „Kleiner Mann, was nun?“ schrieb, durfte er noch Gegenwartsprobleme behandeln. Die Zurückhaltung, mit der er 1932 vermied, ein politisches Glaubensbekenntnis abzulegen — entsprach sie seinem Naturell, war es Klugheit? — ermöglichte ihm, in Deutschland zu bleiben. Sein Name gehört zu jenen, mit welchen sich bei der Buchwerbung im Auslande das Regime schmückt. Die literarische Ausbeute der Jahre 1933—1938 allerdings ist gering, ob-

wohl Hans Fallada die Konjunktur ausnützt und ein Vielschreiber geworden ist.

1934 erschien „Wer einmal aus dem Blechnapf frisst“, ein Roman aus dem Leben der Strafgefangenen mit guter, sachlicher Milieuschilderung, der im Grossen und Ganzen noch das Niveau hält, das von Fallada erwartet werden konnte. Die Einleitung dieses Buches bringt eine verlegene Reverenz vor dem neuen Regime, einen Ausfall gegen den „sogenannten humanen Strafvolzug“ der Systemzeit. Es erübrigt sich, Fallada darauf zu antworten.

Die weiterhin erschienenen Bücher „Wir hatten mal ein Kind“ und „Wolf unter Wölfen“ sind bereits mit einem völlig anderen Masstab zu messen. Es sind Schmöker. („Wolf unter Wölfen“ ist ein zweibändiges Werk). Sie erinnern auffallend an eine gewisse Romanliteratur der Vorkriegszeit, in der Themenwahl: der bürgerliche Mensch im Umgang mit Grossagrariern, der Gegensatz von Stadt und Land, städtische Verderbtheit und naive Verderbtheit usw. usw. Es fehlt nicht an Spannung, solche Bücher sind flott geschrieben, es ist das Lesefutter für Leute, die den Leerlauf ihres reglementierten Lebens vergessen wollen.

Fallada ist ein von der offiziellen Kritik nur eben geduldeter Schriftsteller. Er ist mehr oder minder heftig angegriffen worden. Er macht einige Konzessionen, nicht allzu viele. Was bei der Lektüre der zuletzt genannten Romane so verstimmte, sind nicht einmal diese Konzessionen. Es ist der kulturelle Rückschritt. „Wir hatten mal ein Kind“ erinnert streckenweise an Frenssen. Man will aber nicht durch einen Schriftsteller vom Range Falladas an Frenssen erinnert werden. M. F.

Überfall an der Wirtschaftsfrent

Pläne gegen die Tschechoslovakei

1934 kam es dem Hitlerregime noch vor allem darauf an, mit der Arbeitslosigkeit fertig zu werden. Alle anderen Versprechungen konnten unerfüllt bleiben, dieses eine, dass es Hitler gelingen würde, den Arbeitslosen Arbeit zu beschaffen, musste erfüllt werden, sollte das nationalsozialistische Regime von Bestand sein. Eines von den Mitteln, die Arbeitslosen in die Betriebe zu bringen und den Investitionsstreik der Unternehmer zu überwinden, war die Steuerbefreiung für sogenannte kurzlebige Güter. Die Geltung des Gesetzes war befristet. Es ist nach Ablauf der Frist nicht erneuert worden, also ausser Kraft gesetzt, weil das Hitlerregime sich diese Art der Staatssubvention nicht mehr leisten kann. Es darf auf Steuererhöhungen nicht verzichten, sondern muss sie erhöhen, wenn es nicht riskieren will, dass die Aufrüstungsschulden in Ueberinflation ausarten. Inzwischen sind auch die Sätze der Körperschaftsteuer um 50 Prozent erhöht und verschärfte Methoden der Steuerbemessung und Steuereintreibung angewendet worden. Die Folge ist das Anwachsen der Steuerleistungen selbst der Grossunternehmungen, die von den Möglichkeiten der Steuerdrückebergerei besonders kräftig Gebrauch zu machen pflegen. Sie nehmen stärker zu, als die Gewinne, wenn auch nicht die wirklichen, so doch mindestens die in der Bilanz ausgewiesenen.

Es betragen in Millionen Mark:

	1933-4	1934-5	1935-6	1936-7	1937-8	1938-9
Gesamtergebnisse	2,1	2,7	3,4	4,2	5,0	5,8
Hessen	1,1	1,5	2,1	2,7	3,4	4,2
Württemberg	0,4	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0
Bayern	0,6	0,8	1,0	1,2	1,4	1,6
Preussen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sachsen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Thüringen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sachsen-Anhalt	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Brandenburg	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deutsche Bank	0,2	0,3	0,4	0,5	0,6	0,7

Die Steuerleistungen sind also verhältnismässig mehr gestiegen, als die Jahresgewinne, aber zugleich ist der Lohnaufwand, trotz Aufrüstungskonjunktur, entweder absolut oder bei gleichzeitiger Zunahme der Belegschaft, je Kopf gesunken. Daraus geht klar hervor, wer diese Rüstungs Tribute letzten Endes bezahlt.

Nach der Annexion der neuen „Ostmark“ würden die deutschen Steuererlöse automatisch auch für Oesterreich Geltung bekommen. Liesse man die österreichischen Betriebe schon zu Anfang des neuen Regimes so kräftig zur Ader wie die deutschen, so müsste die Ankurbelung der ohnehin kapitalschwachen österreichischen Wirtschaft ein Versager bleiben. Göring hat aber offenbar zur Investitionsfreudigkeit der österreichischen Unternehmer noch weniger Zutrauen als ehemals zu der der reichsdeutschen. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit muss aber in Oesterreich noch schneller abgewickelt werden, um den Oesterreichern die ihnen wesensfremde preussische Strammheit der nationalsozialistischen Despotie einigermassen schmackhaft zu machen. Darum wird in dem von Göring für Oesterreich verkündeten Wirtschaftsprogramm die Abschreibungsfrist für Gegenstände des betrieblichen Anlagevermögens verordnet, d. h. die im Reich ausser Kraft gesetzte Steuerfreiheit in verbesserter Auflage. Die österreichischen Unternehmer kommen also in den Genuss einer Subvention, die ihren reichsdeutschen Kollegen entzogen worden ist. Sie dürfen die Kosten von Ersatz- und Neuinvestitionen in voller Höhe schon unmittelbar nach der Anschaffung von dem zu versteuernden Gewinn abziehen und nicht erst im Laufe der Abnutzung der neuerworbenen Anlagen.

Im Reiche galt diese Bewertungsfreiheit nur für kurzlebige Güter mit einer Benutzungsdauer von etwa 5 Jahren, für Oesterreich ist die Nutzungsdauer der Anschaffungen, für die Steuerfreiheit besteht, unbegrenzt. Der Zweck ist, die Unternehmer zu grossen Anschaffungen zu veranlassen und der Industrie grosse Aufträge zu verschaffen.

Die Steuerbefreiung ist allerdings an zwei Bedingungen geknüpft: die Gegenstände müssen in der Zeit vom 31. März

1938 bis 1. Januar 1939 angeschafft und ausschliesslich in Oesterreich erzeugt sein. Man hat es also sehr eilig, der österreichischen Arbeitslosigkeit mit Aufträgen beizukommen, die vom Reich bezahlt werden. Der österreichische Unternehmer darf nicht lange zögern, sondern muss seinen Entschluss zu Neuinvestitionen im Laufe von neun Monaten gefasst haben, will er nicht der Staatsubvention verlustig gehen und gegenüber seinen rascher entschlossenen Konkurrenten in Nachteil kommen. Die Beschränkung der Steuerfreiheit auf österreichische Erzeugnisse kommt praktisch einer Sperre für ausserösterreichische Erzeugnisse gleich. Sie trifft weniger die reichsdeutsche Industrie, die ohnehin durch Rohstoffmangel gehemmt ist, Oesterreich sehr viel ausgiebiger zu beliefern als bisher. Weit schwerer wird davon die ausländische Industrie betroffen, die bisher Oesterreich mit Maschinen beliefert hat, vor allem die

zent, auf die tschechoslovakische Durchfuhr zur Adria, nach der Schweiz und Tschechoslovakei. Die Steuerbefreiung ist also nebenbei auch eine gegen die Tschechoslovakei gerichtete wirtschaftliche Pression.

Was das Dritte Reich mit der tschechoslovakischen Republik vorhat, hat es jüngst gezeigt. Oesterreich hatte der Tschechoslovakei Vorzugstarife für die Durchfuhr nach der Adria eingeräumt. Diese Bevorzugung ist vom Hitlerregime aufgehoben worden. Die Bedeutung des Güterverkehrs zwischen Oesterreich und der Tschechoslovakei und der tschechoslovakischen Durchfuhr durch Oesterreich ist für die österreichischen Bundesbahnen überragend. Auf Auslands- und Durchgangsverkehr entfallen in Deutschland 10 bis 15 Prozent des Güterverkehrs der Eisenbahn, in Oesterreich nahezu die Hälfte. Davon wiederum entfallen auf den Verkehr zwischen Oesterreich und der Tschechoslovakei 45 Pro-

Das weibliche Pflichtjahr

Arbeitsdienst für Textil- und Tabakarbeiterinnen

Die Frau ist im Faschismus dem Mann gleichgestellt, soweit es um Tyrannei und Unfreiheit geht. Ihre Staatsbürger- und Arbeitsrechte sind gleich denen ihrer männlichen Arbeitsgenossen zerstört worden. Eine Gleichheit besteht auch insofern, als die Nazis ihr einstiges Agitationsprogramm in der Stellung zur Lösung der Frauenfrage ebenso verraten haben, wie alle übrigen sozialen Forderungen. Hitlers Ideal der Frau für „Küche, Kirche und Kinder“ ist noch in frischer Erinnerung. Im ersten Jahr der Machtergreifung gab es noch Erlasse, die in dieser Richtung liefen. Die erste Reorganisation des Arbeitsdienstes besagte, dass der Frau die Sorge für die Kranken, die Kinder, sowie häusliche Pflichten als Arbeitsfeld zugewiesen werden sollen. Inzwischen hat die Kriegswirtschaft alle Parteiprogramme und Grundsätze überwuchert. Alle Schwärmerei für lügendhafte und mütterliche Grösse hindert nicht, die Frauen zu tausenden in die Munitionsfabriken zu treiben. Heute gelten nur noch die Richtlinien der Reichsanstalt für die sogenannte Berufsberatung. Darin wird gesagt, dass es für die Wirtschaft notwendig und für die Frauen selber nützlich sei, vor der Verheiratung Lohnarbeit zu verrichten. Die ganze Neuregelung bezweckt, überall dort Frauen zu beschäftigen, wo billige Arbeitskräfte benötigt werden.

Inzwischen hat das Regime eine Kombination von industrieller Ausbeutung und fröhlicher Arbeit gefunden. Die ersten Versuche, den Anreiz zur Einstellung von Hausgehilfinnen durch Aufhebung der Arbeitslosenversicherung für diese Berufe zu erhöhen, hatten 1933 keine Wirkung. Im Jahre 1934 wurde ein neues Druckmittel in Anwendung gebracht. Mit der Einführung des hauswirtschaftlichen Jahres konnten die Hausfrauen Arbeitskräfte für Hausarbeit und Kinderpflege bekommen, ohne dafür überhaupt Lohn bezahlen zu brauchen. Sie hatten nur für die Krankenversicherungsbeiträge aufzukommen.

Im gleichen Jahr setzte die Propaganda für den freiwilligen Frauendienst „in der Mädchen von 17 bis 25 Jahre erfasste. Es gab zunächst drei Formen: Arbeitsdienstheime für Hauswirtschaft in der Nähe der Städte, ferner ländliche Arbeitsdienstheime zur landwirtschaftlichen Ausbildung und endlich Arbeitsdienstheime für Siedlungshilfe. Schon im folgenden Jahr wurde der bisher freiwillige Arbeitsdienst durch Gesetz vom Juni 1935 obligatorisch erklärt. Im Zusammenhang damit wurde das sogenannte Landjahr eingeführt. Natürlich gibt es auch für diese Landarbeit ausser Unterkunft und Verpflegung keinen Lohn. Alles übrige, wie die Festsetzung der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen bleibt der Willkür der Landwirte überlassen.

Der Durchfuhrung des obligatorischen Arbeitsdienstes für die Frauen fehlte bisher eine wirkliche gesetzliche Grundlage. Erst der Beauftragte des Vierjahresplans des General Göring hat jetzt die fehlende Verordnung erlassen. Nunmehr ist angeordnet, dass ledige weibliche Arbeitskräfte von privaten und öffentlichen Betrieben als Arbeiterinnen oder als Angestellte nur noch eingestellt werden dürfen, wenn sie mindestens eine einjährige Tätigkeit in der Landwirtschaft oder in kinderreichen Haushaltungen nachweisen können.

Damit greift der obligatorische Frauendienst unmittelbar in die Berufe der gewerblichen Arbeiterinnen ein. Sowohl die Arbeiterinnen des Bekleidungs-gewerbes, wie der Textilindustrie und Tabakarbeiterinnen sind zur einjährigen Zwangsarbeit ohne Lohn verurteilt. Die weiblichen Arbeitskräfte der Tabakindustrie, die schon derart dürftig entlohnt sind, dass ihnen zeitweise zusätzliche Unterstützung gewährt werden musste, werden nun auch noch für ein Jahr in das bekannte Landarbeiterland hinab gestossen. Den Grosslandwirten werden städtische weibliche Arbeitskräfte geliefert, die gänzlich ungeeignet für die schwere Landarbeit sind. Gleichzeitig entsteht für diese fachlich angelernten Fabrikarbeiterinnen die Gefahr, dass sie während der Zeit des Arbeitsdienstes auf dem Lande ihre Berufsqualitäten teils verlieren und nach Rückkehr in ihren Einkommensmöglichkeiten zurückgeworfen werden.

So nimmt die Zwangsarbeit im Dritten Reich einen immer wachsenden Umfang an. Erst schickt man die Arbeitslosen auf Grund der Landhilfe zur unentgeltlichen Arbeit in die Landwirtschaft und gibt sie unbegrenzter Ausbeutung preis. Jetzt werden schon im Beruf stehende Textil- und Tabakarbeiterinnen aus ihrer fachlichen Beschäftigung herausgerissen, um gleichfalls unter den gleichen Bedingungen eine für sie gänzlich ungeeignete Arbeit ohne Lohn leisten zu müssen. Dabei betont ein „Aufruf an die deutschen Mädel“, dass die Ableistung des weiblichen Pflichtjahres zur Berufsausbildung bestimmt sei. Das freie Arbeitsverhältnis, soll, wie es weiter heisst, durch Berufserziehungsmassnahmen ergänzt werden.

Es ist nicht weiter verwunderlich, dass diese brutalen Massnahmen, wie sie unter der Bezeichnung Frauendienst getroffen werden, in den Reihen der betroffenen Arbeiterinnen lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen haben. Von einer Begeisterung für den Nationalsozialismus ist an diesen Arbeitsstätten nichts zu spüren. Auch die Deutsche Arbeitsfront hat es wohl inzwischen begriffen, dass die „Einsatzbereitschaft für die „Volksgemeinschaft“ immer schwächer wird. Man hilft sich durch entsprechende Betriebsordnungen, um sachte nachzuhelfen. So wird den unzufriedenen Tabakarbeiterinnen immer wieder die Musterbetriebsordnung einer Dresdner Zigarettenfabrik unter die Nase gehalten. Da heisst es u. a.

„Schwatze nicht und urteile nicht vor-eilig über Dinge, die Du nicht genau weisst oder nicht verstehst.“

Italien 13 Prozent. Am Auslandsverkehr der österreichischen Bundesbahnen war also bisher die Tschechoslovakei mit nicht viel weniger als zwei Dritteln beteiligt. Es kann also noch mancherlei geschehen, um den Weg nach und durch Oesterreich für tschechoslovakische Waren zu erschweren oder gar zu sperren. Die Aufhebung des Vorzugstarifs für die Durchfuhr nach Triest dürfte eine ganze Reihe von Versuchen einleiten, mit wirtschaftlichen Druckmitteln politischen Einfluss zu erpressen, mit Angriffen auf der Wirtschaftsfrent zu erreichen, wozu sonst ein Einmarsch nach österreichischem Muster nötig wäre. Die Zusicherung militärischer Hilfe ist für die Tschechoslovakei lebenswichtig, aber auch der Bedrohung ihrer Wirtschaftsfrent wird die Republik nur standhalten können, wenn die westlichen Demokratien die Gefahr dieser Aggression mit „friedlichen“ Mitteln erkennen und auch in diesem Kampfe die Republik Masaryks nicht im Stich lassen, die nicht nur sich selbst verteidigt, sondern mehr: Europa.

G. A. F.

Auch mit diesen Betriebs-Erziehungsmethoden dürften die Ley und Konsorten wenig Glück haben. Die Arbeiterinnen verstehen durchaus, worum es geht, aber sie verstehen nicht, dass sie unter staatlichem Druck zum willenlosen Ausbeutungsobjekt profitlicher Grossgrundbesitzer gemacht werden sollen. Darüber hinaus aber werden sich auch die weiteren Kreise der Frauen, die Hitler mit zur Macht verholfen haben, ihres Irrtums bewusst. Hoffentlich werden diese schreienden Misstände auch den Frauen der demokratischen Länder zur Warnung dienen, um sich der Ausbreitung des menschenfeindlichen Faschismus entgegenzustellen.

Die Gesetzesschusterei

Im „Finanzarchiv“, 5. Band, 3. Heft, ist in der Besprechung des Buches „Die Ordnung der Wirtschaft“ von Franz Böhm folgendes zu lesen:

„Wir klagen mit Recht seit Jahren über die Unmenge von Gesetzen, die sich über das deutsche Volk ergiessen und kaum noch vom Fachmann bewältigt werden können. Es wäre eine Wohltat und ein Segen, wenn die Rechtsbildung wieder organischer Entwicklung überlassen würde.“

Ein verständlicher Stosseszettel, der aber solange nicht Erfüllung finden wird, solange die Nationalsozialisten die Herren über Deutschland sind.

Bezugspreise

Der «Neue Vorwärts» kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 1.50 Frs. (für ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs.). Preis der Einzelnummer im Ausland (die Bezugspreise fuer das Quartal stehen in Klammern):

Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), C. S. R. K. 1.40 (18.—), Dänzig Gold. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Grossbritannien £ 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei. 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.20 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.96 (1.—).

Einzahlungen koennen erfolgen: Paris Credit Commercial de France, N° 529111 Tschechoslovakei: Zeitschrift «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Prag 46.149, Oesterreich: «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Wien B-198.304, Polen: «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Warschau 194.797 Schweiz: «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Zürich Nr VII 14.697, Rumänien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Bukarest, Konto «Neuer Vorwärts», Bukarest Nr. 2088, Ungarn: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto «Neuer Vorwärts» Budapest Nr. 2029, Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto «Neuer Vorwärts», Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

Le Gérant: Maurice COQUET.